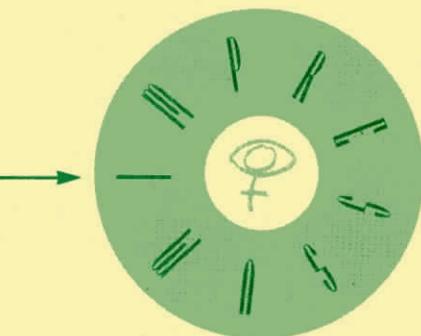


KOLUMNE	Sag mir, wo die Frauen sind <i>von Conny Matzke</i>	2
THESEN	Patriarchatskritik <i>von Ulrike C. Wasmuth</i>	4
FEMINISMUS IM PARLAMENT	Eine Möglichkeit, Politik zu machen <i>von Christina Schenk</i>	6
BEWEGUNG	Lesben in Ost- und Westberlin <i>von Christina Karstädt</i>	9
OST / WEST	Westfrauen sind irgendwie offener in ihrer Lebensplanung <i>von Daniela Dahn</i>	11
RUNDER TISCH	Ein sinnvolles Politikmodell? <i>von Christiane Schindler</i>	13
	Verfassungskuratorium <i>von Ines Koenen</i>	16
	Frauenpolitik in Neubrandenburg <i>von Renate Ribitzki</i>	18
STADTPLANUNG	Frauengerechte Stadt <i>von Julia Mölck</i>	20
LOBBY DER FRAUEN	Frauenlobby und der Deutsche Frauenrat in Thüringen <i>von Uta Kehrr</i>	22
GESPRÄCH MIT GUNNA BOHNE		24
WAS NUN?	<i>von Annette Männel</i>	28
NACHGEFRAGT	Länderreport	30
INTERNATIONAL	Frauen in Amerika <i>von Andrea Wuerth</i>	32
PROJEKT	Rein als Diplingenieurin – Raus als Renogehilfin <i>von Kerstin Herbst</i>	33
	Netzwerk <i>von E. Maleck-Lewy</i>	34
ETHIK	Politisierung der Sorge <i>von S. Berlowitz, G. Brodmann, Chr. Thürmer-Rohr, R. Zingg-Meier</i>	37
TAGUNGEN/KONGRESSE	Frauen KSZE in Brüssel <i>von Tina Frenzel</i>	41
FRAUENFILM/FRAUENBUCH		43
REZENSION	Unterm neuen Kleid der Freiheit das Korsett der Einheit <i>von E. Maleck-Lewy</i>	44
INFORMATIONEN		46



Weibblick
 Herausgeberin: Friedrichstraße 165, O-1080 Berlin, Tel.: 2 29 16 85, Fax: 2 29 26 75
 Redaktion: Unabhängige Frauenverbändin, Friedrichstraße 165, O-1080 Berlin
 Annette Männel
 Autorinnen: S. Berlowitz, G. Brodmann, D. Dahn, T. Frenzel, K. Herbst, Ch. Karstädt, U. Kehrr,
 I. Koenen, E. Maleck-Lewy, A. Männel, C. Matzke, J. Mölck, R. Ribinitzki, Chr. Schenk,
 Chr. Thürmer-Rohr, Chr. Schindler, U.C. Wasmuth, A. Wuerth,
 R. Zingg-Meier,
 Fotos: Inga Düker, M. F. Müller, Ilona Schäfer, UFV-Archiv
 Graphiken: M. F. Müller, H. Baltzer
 Layout & Design: A. Raidt & M. F. Müller, FAKTA
 Satz: FAKTA, A. Raidt
 Druck: Oktoberdruck
 Anzeigenbüro: Friedrichstraße 165, O-1080 Berlin, Tel.: 2 29 26 40, 2 29 16 85, 2 29 16 57, Fax: (Ost) 2 29 26 75
 Anzeigenpreisliste kann bei der Redaktion angefordert werden.
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 4153 81 0504
 Spenden werden dankend entgegengenommen.



ENN SICH DER BUNDESTAG AUF DIE NEUREGELUNG DES § 218, FRISTENLÖSUNG MIT BERATUNGSZWANG, EINIGEN SOLLTE, HAT DER KAMPF UM DIESEN FAKT AN BRISANZ VERLOREN UND STELLT DIE FRAGE NACH EINER FEMINISTISCHEN POSITIONSBESTIMMUNG NEU. DER MANGEL AN ZIELEN UND INHALTEN IST KONKRET, DIE GEWOLLTEN GESELLSCHAFTLICHEN STRUKTURVERÄNDERUNGEN SIND IN DIE AUFZUBAUENDE UND Z. T. SCHON AUSGEREIFTE INFRASTRUKTUR VON FRAUENPROJEKTEN EINGEFLOSSEN, FÜR DEREN ERHALT JETZT WEITERHIN GESTRITTEN WERDEN MUß. ABSCHIED VOM FRAUENPARADIES? DAS IST NICHT DIE FRAGE, WEDER HAT SICH DIE GEWALT AN MÄDCHEN UND FRAUEN VERRINGERT, NOCH HAT SICH DER FRAUENANTEIL IN FÜHRENDEN POSITIONEN VON POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT ERHEBLICH VERGRÖßERT. NICHT SELTEN HABEN POLITISCH ERKÄMPFTE STELLEN, WIE GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE ALIBIFUNKTIONEN, WERDEN FEMINISTISCHE IDEEN IN ANDEREM KONTEXT INTEGRIERT. LASSEN WIR UNS ALLES AUS DEN HÄNDEN NEHMEN? DIE ZU BEKÄMPFENDEN STRUKTUREN ERWEISEN SICH ALS RESISTENT. DIES IST ABER NOCH LANGE KEIN AUSREICHENDER GRUND SICH ALS NOTWENDIGE INTERESSENVERTRETUNG VON FRAUEN ZU VERWEIGERN. ES GEHT NICHT UM IDEOLOGIEEN, SONDERN UM DAS FINDEN VON EFFEKTIVEN UND SINNVOLLEN FORMEN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT UND DES WIDERSTANDES GEGEN DIESE JETZIGE GESELLSCHAFTSFORM. ERDRÜCKENDE GLOBALE PROBLEME KÖNNEN NICHT NACH WERTIGKEITEN BEHANDELT WERDEN, „GLEICHBERECHTIGUNG ZWISCHEN MANN – FRAU“ IST EIN PROBLEM.

S

AG MIR,
WO DIE FRAUEN SIND

Conny Matzke



Ich zucke mit den Schultern. Wer kann das verstehen? G. sitzt mir gegenüber. Wir kramen in unserem Gründekatalog: alle haben Kinder, alle haben geheiratet, alle warten auf das Ende der Krise. Die Krise des Unabhängigen Frauenverbandes wartend überdauern, das hält kein Verband aus, sagt G.: Sie hat recht, das weiß ich. Also frage ich mich, was sind die wirklichen Ursachen, daß sich so viele Frauen aus der Politik zurückziehen. Ist es der schlechte Ruf? Sind es unsere Ziele? Haben die meisten Frauen einfach keine Probleme mehr, die sie aus den Häusern in die Räume treiben, in denen ein Politrunk gebraut wird, der mit Feuer in die Adern schießt, den Augen jeden Schlaf entrißt und umtrieblich macht, gegen alle Herrschaft? Der Mangel an Problemen, kann es

nicht sein, eher, daß es zu viele sind: Probleme bergeshoch. In den Meldungen über das Anwachsen der Frauenerwerbslosigkeit stecken sie. Sie drohen hinter der Ankündigung von Schließungen einer großen Anzahl Kindertagesstätten. Frauen sollen wieder ins Heim und an den Herd gebracht werden. Sie sollen „freiwillig“ vom Arbeitsmarkt verschwinden, still in der Reserve, unsichtbar für die Statistik. Als „eigentliche Aufgabe“ soll Pflege, Betreuung und Erziehung von uns kostenlos erledigt werden. Frauen soll die Freiheit, über ihren Lebensentwurf bestimmen zu können, genommen werden. Und es ist noch infamer: Frauen sollen ihr Frausein beweisen, indem sie den Platz einnehmen, den ihnen einige wenige mächtige Männer als Platz in der Gesellschaft anweisen. Welche das

nicht tut, heißt Emanze, Quotilde, Hysterika und wird vom Penisneid getrieben. Wer hat entschieden, daß wir uns das bieten lassen müssen? Daß jeMAND gewählt wurde, gibt nieMAND das Recht eine dermaßen frauenverachtende Politik auszurufen.

Dafür werden Mandate nicht vergeben. Die Verwirklichung von Demokratie in der Gesellschaft wird in Frage gestellt, wenn wir Frauen unsere Rechte in Frage gestellt sehen. Und trotzdem: es scheint so, als ob wir jetzt trotz vieler Freiheiten mit Mächten konfrontiert sind, die mächtiger sind als Diktatur und Stasi. Viele Frauen sehen keine Perspektive, erfolgreich in der Politik zu sein. Rückzug ist die logische Konsequenz. Denn eine Sache ist auch klar: so deutlich sich die frauendiskriminierende Politik im Gesamtergebnis ausmachen läßt, so deutlich ist sie oft vor Ort, im Einzelfall nicht zu erkennen. So richtig und leicht es ist, die soziale Spaltungspolitik, die Spaltung zwischen Frau und Mann als Grundlage der Machterhaltung braucht, zu benennen, so leicht ist es nicht, dagegen anzugehen. Die

im Verband immer wieder aufflammende Diskussion „mit oder ohne Männer“ ist diesem Dilemma, Abbau oder Stärkung der Spaltung, geschuldet. Und jede von uns weiß, daß es eben nicht so einfach zu beantworten ist, ob die Entscheidung „mit“ oder „ohne“ die Spaltung verstärkt oder abbaut. Dabei ist ja für viele noch nicht einmal ausdiskutiert, ob nicht überhaupt diese Spaltung unvermeidbar und unüberwindlich ist.

Aber darin liegt das eigentliche Dilemma. Wo findet ausführlich die inhaltliche politische Diskussion im Verband statt. Ich weiß, es gab immer wieder Anlässe zu diskutieren und zu verfassen, am Ende waren es oft die gleichen, die das Papier schrieben. Vielleicht müssen wir, nein, ganz sicher müssen wir dieser Diskussion über Ziele, die Diskussion der Methoden voranstellen. Doch dem voraus geht das Schauen zurück. Nabel-

schau? Nein, Wurzelgraben! Von diesen Wurzeln aus, der Bestimmung unseres Platzes im Kosmos Gesellschaft, kommen wir zu neuen Handlungsperspektiven. Und das nur kann unser Ziel sein: zum Handeln gelangen. Vita activa, wie Hannah Arendt es nennt, tätig werden, weil wir so sichtbar werden und politisch sind.



Erst so werden neue Propotionen gefunden, die Politik nicht zum unüberwindlichen Koloß auswachsen lassen. Der Satz „Alles Private ist politisch“ muß geöffnet werden hin zum „Gemeinsam öffentlich handeln ist Politik“.

Doch warum diese Anstrengungen? Wenn keine Frau mehr will, ist eben Schluß. Trotzdem: es geht um mehr als die Aufrechterhaltung eines Verbandes. Der Verband ist nicht mehr als das Mittel für das Handeln. Die Politik Politik sein zu lassen, ist schon deshalb keine Alternative, da ihre Auswirkungen jede einzelne treffen. Wir einzelnen haben jedoch eine Verantwortung auf uns geladen, denn uns sind gesellschaftliche Verhältnisse bewußt geworden. Mag sein ganz unterschiedlich: sternschnuppenhaft oder einem Leuchfeuer gleich. Wir sind Wissende und wir haben uns engagiert. Das können wir nicht einfach auslöschen und einmotten. Verantwortung läßt sich nicht wie unliebes Kleid ablegen. Wir müssen sie wahr nehmen - verdammt nochmal, wacht auf. Aber vielleicht sind wir doch schon mehr, als wir erleben.

P PATRIARCHATSKRITIK FÜNF THESEN

Ulrike C. Wasmuth

„Muß man sich mit dem Patriarchat auseinandersetzen, um praktisch arbeiten zu können?“, so lautete die Frage der Redaktion an mich. Kurz und bündig könnte ich die Antwort „Ja, unbedingt“ geben, doch werde ich diese fünf Thesen begründen. Vorneweg möchte ich betonen, daß ich unter „Patriarchat“ nicht einen plakativen Dualismus nach dem Muster „die Männer gegen die Frauen“ verstehe, der zur Folge hätte, daß „die“ Männer die Täter und „die“ Frauen die Opfer seien. Vielmehr handelt es sich um eine historisch gewachsene Struktur, die in allen Gesellschaftsformen, auch in den ehemals sozialistischen Ländern, heute zu finden sind. Und diese Struktur, die die Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft bildet, ist das Resultat der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit, zu der

Männer wie Frauen durch Tradierung und Innovation beigetragen haben und dieses beständig tun. D.h. innerhalb dieser Struktur sind Männer und Frauen als Akteure und Akteurinnen Opfer und Täter zugleich. Geht es nun darum, patriarchale Strukturen zu erkennen und zu benennen, um letztlich Wege aufzeigen zu können, um diese Strukturen zu überwinden, so ist es notwendig, Männern und Frauen als Repräsentanten und Repräsentantinnen dieser sozialen Verhältnisse gleichermaßen die Verantwortung zu übertragen bzw. diese in die Pflicht zu nehmen. Warum ist es nun notwendig, sich mit einer gesellschaftlichen Grundstruktur zu befassen, die unsere soziale Umwelt wie auch unser eigenes Denken und Handeln prägt? Erstens: Das Patriarchat ist eine Über- und Unterordnungsstruktur, die mit den Mitteln der Macht und Herrschaft und im Extremfall mit Gewalt aufrechterhalten wird: die

Stärkeren über die Schwächeren, die Reichen über die Armen, die Weißen über die Schwarzen, die „Erste“ über die „Dritte“ Welt, die Männer über die Frauen, usw. Eine Gruppe von Menschen hat den Zugang zur Macht aufgrund bestimmter Merkmale, die eine andere

Gruppe nicht hat, und die deshalb an der Verwirklichung ihrer potentiellen Fähigkeiten gehindert wird. Doch die individuelle Selbstverwirklichung und kollektive Selbstbestimmung ist das Ideal von „Freiheit“. Davon sind wir allerdings weit ent-

fernt. Wollen wir das jedoch erreichen, müssen wir uns mit der von Menschen gegen Menschen geschaffenen Dominanz- und Subordinationsstruktur befassen. Zweitens: Will ich im privaten und beruflichen Bereich meine persönliche Selbstbestimmung erreichen, so muß ich mich mit den Faktoren befassen, die dem entgegenstehen. Aufgrund unserer Sozialisation im Elternhaus sind wir eher geneigt im



Zusammenleben mit einem Mann selbstverständlich den Part der Beziehungs- und Hausarbeit zu übernehmen – und das mit der Begründung: „Männer haben doch keinen Sinn dafür“. Warum? Im vorausseilenden Gehorsam übernehmen wir die Doppelbelastung, die wir eigentlich ablehnen. Streben wir die Leitungspositionen in unseren Berufen an, so werden wir tagtäglich mit der Tatsache konfrontiert, daß die entsprechenden Stellen mit Männern besetzt werden, die oftmals weniger Qualifikation aufweisen. Die Quotenregelung ist ein Weg, um das zu verändern – ein weiterer ist, auch über unser Verhalten nachzudenken: Sind wir mit unseren Forderungen nicht oft zu defensiv? Verzichteten wir nicht das eine oder andere Mal wiederum in vorausseilendem Gehorsam auf den offensiven Konkurrenzkampf? Übernehmen wir nicht auch oft vorzeitig am Arbeitsplatz die Beziehungsarbeit, die uns die Energie für die eigentlichen Aufgaben nimmt, die dann die Männer erledigen? Drittens: Patriarchale Strukturen sind eine Form der **organisierten**

Friedlosigkeit. Das wichtigste Ziel von Politik ist m.E. der Frieden – sowohl im innergesellschaftlichen wie im internationalen Bereich. Doch das praktizierte Prinzip den internationalen Frieden zu erreichen ist die militärische Abschreckung – die Drohung, die Politik mit anderen Mitteln (dem Krieg) fortzuführen,

wenn die Diplomatie versagt. Sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart zeigen, daß es stets Kriege gab und gibt (seit

1945 gab es 177 Kriege, derzeit gibt es 44 Kriege). Der Krieg ist die extremste Form der Konfliktaustragung und bedeutet Destruktion und Tod. Doch eine Dominanz- und Subordinationsstruktur verlangt danach mit allen Mitteln – und sei es mit Krieg – aufrechterhalten zu werden. Soll der Krieg als, heute noch salonfähige, Konfliktaustragungsform abgeschafft werden (was unter heutigen Bedingungen angesichts der Vernichtungspotentiale dringend geboten ist), so muß seine Wurzel, die patriarchal organisierte Friedlosigkeit, erkannt werden.

Viertens: Es geht nicht nur um den „negativen Frieden“ (also die Abwesenheit von Krieg), sondern auch um den „positiven Frieden“, die soziale Gerechtigkeit. Und das gilt insbesondere für die innergesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.



FEMINISMUS IM PARLAMENT

Patriarchat bedeutet die Macht der Mächtigen (gleichzeitig der Gehörlosen), die Normen und Werte zu ihren Gunsten definieren und die die Belange der Betroffenen nicht „hören“ und „sehen“ wollen, die jedoch Unterordnung und Anpassung verlangen. Man spricht von der Transformation von Wirtschaft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Doch stellt sich folgende Frage: Was hat sich im Osten, was hat sich im Westen verändert? Die Antwort ist kurz: im Osten alles, im Westen nichts. Ein patriarchales Beziehungsmuster wird sichtbar: Es gilt das Prinzip, wer die Füße unter meinen Tisch stellt... Und haben wir dies als Kinder nicht schon in der Familie gehört?

Fünftens: Eine weitere patriarchale Ausprägung ist das Verhältnis des Menschen zur Natur. Ein altes Prinzip besagt, der Mensch soll Herrscher über die Natur werden... Einst dachte man an die Unabhängig-

keit des Menschen von Umwelteinflüssen durch Technik, heute sieht man die Folgen: auch hier eine Über- und Unterordnung, die ebenfalls Destruktion und Tod bedeutet. Der Mensch kann Herrscher über die Natur bleiben, doch eines ist auf lange Sicht sicher: die Natur wird den Menschen überdauern. Ob aber der Mensch den Menschen unter gegebenen Bedingungen überlebt?



Christina Schenk

EINE MÖGLICHKEIT POLITIK ZU MACHEN

Im UFV ist von Anfang an die Verknüpfung von politischer Arbeit im Rahmen autonomer Gruppen und Projekte einerseits mit der in politischen Institutionen (u.a. Parlamente) andererseits als Bedingung für die gesellschaftliche Wirksamkeit des Verbandes angesehen worden.

An dieser Doppelstrategie hat der Anschluß der DDR an die BRD und die damit notwendig gewordene Umorientierung unserer politischen Aufgabenstellung nichts geändert (nicht mehr die feministische Gestaltung einer alternativen DDR steht auf der Tagesordnung, sondern der Versuch der Schadensbegrenzung für Frauen in der kapitalistischen deutschen Marktwirtschaft).

Drastisch geändert hat sich allerdings – so meine ich – die Antwort

FEMINISMUS IM PARLAMENT

auf die Frage, wie und mit welchem Ansatz Feministinnen in den Parlamenten agieren sollten. Sie fällt sicher für die Kommunalparlamente anders als für die Landtage und dort wiederum anders als für den Bundestag aus.

Am Zentralen Runden Tisch der



DDR hatte ich das Gefühl, daß wir UFV-Frauen mit einer guten und ausgefeilten Argumentation, mit Konstruktivität also einiges (im Vergleich zu heute fast unfaßbar viel!) tatsächlich durchsetzen können. Die Gründe dafür sind vielschichtig und es wert, daß ihnen auf den Grund gegangen wird. Politische Ar-

beit im Bundestag ist jedenfalls völlig anders – hier ist es in der Regel ausgeschlossen, daß feministische und emanzipatorische Vorstellungen Mehrheiten bekommen – dafür sorgt die Zusammensetzung. Aber auch eine breitere Zustimmung, die beim unverbindlichen Gespräch mit Frauen anderer Fraktionen außerhalb des parlamentarischen Rahmens, also auf informeller und quasi privater Ebene stattfinden, durchaus bei diesem oder jenem Punkt vorhanden ist, werden feministische Anträge nicht bekommen – da ist der Fraktionszwang vor, dem sich auch die Frauen der anderen Fraktionen, wie es scheint, bedingungslos unterwerfen.

Was will ich also als Abgeordnete des UFV im Bundestag?

Mein Ziel ist es:

– feministische Positionen in konsequenter und deutlicher Form in den Bundestag einzubringen,
– den (leider viel zu geringen) Zugang zu den Medien, den ich als Abgeordnete habe, zu nutzen, um eben jene Positionen öffentlich zu machen und um mitzuteilen, daß es eine feministische Frauen-

vereinigung, den UFV, gibt,

– die parlamentarischen Arbeitszusammenhänge zu nutzen, um Reaktionen der im Bundestag vertretenen Parteien zu provozieren, die für uns politisch verwertbar sind,
– die den Abgeordneten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um an Informationen heranzukommen, die nicht ohne weiteres öffentlich zugänglich sind, aber für die politische Arbeit von UFV-Frauen einen großen Wert haben (könnten),

– Transparenz herzustellen in Bezug auf die Art und Weise, WIE im Deutschen Bundestag Politik gemacht wird.

Im Westen (vereinzelt auch in der Ex-DDR) bin ich des öfteren mit der Behauptung von Feministinnen konfrontiert worden, daß eine Frau, die feministische Politik IN den Strukturen dieser patriarchalen Gesellschaft machen will, dieses System stützt, sich ohne Effekt verschleißt und sich schlimmstenfalls korrumpieren läßt. Ich meine, jeder Mensch, stützt zwangsläufig und unausweichlich das System, solange er in ihm lebt - insofern benennt die

FEMINISMUS IM PARLAMENT

zitierte Behauptung nichts, was nur auf die Arbeit in den Parlamenten zuträfe. Andererseits bedeutet die Teilnahme am Parlamentarismus nicht zwingend Anpassung, Einpassung und also Verlust feministischer Identität. Entscheidend ist, meine ich, WAS Frauen mit der Situation machen, in der sie aktiv sind. Einflußnahme und Machtausübung sind aus meiner Sicht auf zwei grundsätzlich verschiedene Weisen und mit sehr unterschiedlichem Effekt möglich:

Entweder man macht auf der Seite der Herrschenden mit und versucht dabei die eigene Position unter möglichst wenigen Abstrichen einzubringen ODER man stellt diese eigene Position absolut klar und nicht verwässert durch taktische Erwägungen in den Raum und beeinflusst durch die damit zwangsläufig eintretende Verschiebung des „Fokus“ der Debatte den Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozeß. Ich halte den erstgenannten Weg für gefährlich. Das Beispiel der Realo-

grünen zeigt, wie schnell da die eigenen Ansätze von anderen (z. B. SPD oder sogar CDU) absorbiert werden und letztendlich dann kaum noch kenntlich sind. Für den anderen Weg braucht frau allerdings viel Stehvermögen – frau muß es aushalten können, nur äußerst selten breitere Zustimmung zu bekommen, von Mehrheiten für eigene Anträge oder Gesetzesentwürfe ganz zu schweigen. Frau muß es auch aushalten können, auf sexistische Weise verbal angegriffen zu werden und Verunsicherungsversuchen ausgesetzt zu sein. Um unter solchen Bedingungen noch wirksam agieren zu können, muß frau es lernen, sich verbal und auch non-verbal abzugrenzen und zur Wehr zu setzen, also souverän zu sein. Mit diesem Verständnis von Politik und Opposition im Bundestag bin ich nicht im „mainstream“ der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen. Hier wird mehrheitlich ein realpolitischer Ansatz verfolgt, der darin besteht, das vermeintlich Machbare zu fordern und zudem fixiert ist auf das Wunschziel, nämlich eine Koalition mit der SPD nach den nächsten



Bundestagswahlen. Dies und die Tatsache, daß das politische Spektrum der Bundestagsgruppe sehr breit ist – zwischen „links“ und „konservativ“ ist alles vertreten – macht meine Arbeit als Feministin im Parlament nicht eben leicht.

Der Kontakt zu den UFV-Frauen ist für mich unter solchen Umständen enorm wichtig – nicht nur inhaltlich, sondern auch emotional. Ich könnte nicht hier im Bundestag arbeiten, wenn ich nicht das Gefühl hätte, mich im Konsens mit den Frauen im und „beim“ UFV zu befinden. Allerdings wünsche ich mir, daß die Unterstützung der Arbeit, die meine Mitarbeiterinnen und ich hier leisten, noch stärker wird. Ich hoffe, daß z. B. auch „WeibBlick“ ein Podium für einen regen Meinungsaustausch über diese oder jene parlamentarische Initiative wird.

Fazit: Ich meine das Projekt „Feminismus im Parlament“ lohnt sich. Der Effekt ist umso größer, je stärker die „Basis“ ist und je intensiver mit den Möglichkeiten und Resultaten, die die Frauen im Parlament erschließen, politisch gearbeitet wird.

Christina Karstädt

ESBEN IN OST- UND WESTBERLIN

Geht frau von einer einfachen Prozentrechnung aus, leben in Berlin über 80.000 Frauen, die Frauen lieben. Wie viele es wirklich sind, weiß keine. Spätestens seit den 20er Jahren gilt Berlin als das Eldorado lesbischer Frauen. In der Anonymität der industriellen Großstadt wuchs eine weitverzweigte Subkultur, die – in den 30er Jahren zerschlagen – sich nach 1945 im Westteil der Stadt neu konstituierte. Seit den 70er Jahren gibt es in Westberlin eine Vielfalt von Projekten, Treffpunkten, Beratungsstellen, von der Lesben in anderen Städten und auch in Ostberlin bis heute fasziniert sind. Bis heute gibt es in Ostberlin kein Cafe, keine Bar oder Kneipe, in der Lesben unter sich sind. Bis 1961 fuhr und seit 1989 fährt frau in den Westen, wenn sie Lust auf'n richtigen Sub hat. Eine Ausnahme ist die

Frauendiskothek im EWA, doch ähnelt sich das Bild. Westfrauen treten sich die Füße wund und verbreiten den coolen Hauch der Scene. Jenseits der Subkultur entstand in Ostberlin der 70er und frühen 80er ein politisch-emanzipatorischer Zusammenhang von lesbischen Frauen. Ihr radikalster Ausdruck war die AG Homosexuelle Selbsthilfe, später „Lesben in der Kirche“, die sich bei der Gethsemanegemeinde im Prenzlauer Berg traf.

Viele der feministisch denkenden und politisch aktiven Frauen, die 1989 an die Öffentlichkeit gingen, neue politische Formen forderten und selbst entwarfen, den Unabhängigen Frauenverband gründeten, kamen aus dem Arbeitskreis. So wie er sich im Wirrwarr der Jahres 1990 auflöste, in neue Formen feministischer Praxis übergang und sich differenzierte, kam eines: die uneingestandene Unterordnung unter andere, nicht lesbische Interessen.

In den kommunalen Frauenzentren wie auch im UFV leisten lesbische Frauen einen Großteil zumeist

BEWEGUNG

unterbezahlter Arbeit, ohne sich selbst als Lesben ernstzunehmen und zu thematisieren. Immer noch und wieder privatisiert, fällt es lesbischen Frauen schwer, sich und ihren eigenen sozialen Hintergrund als von der DDR-Gesellschaft bestimmt zu reflektieren und darüber in einen Austausch zu kommen. Die unsichtbare Isolation, in der jede für sich ihren Weg in eine lesbare lesbische Identität fand, wirkt sich bis heute aus. Wenige Frauen suchen diesen engen Kreis zu durchbrechen. Aus politischen oder professionellem Tagesstreß und/oder resignierter Bescheidenheit auftauchend, entwickeln sich derzeit Diskussionsstrukturen, die auch Frauen aus Westberlin einbeziehen. Das Interesse aneinander und an den Anderen, deren Erfahrungen und Reflexionen wächst. In Begegnungen zwischen Frauen aus Ost und West werden Differenzen spürbar, die sich zuerst an Stereotypen/Vorurteilen festmachen. Erst jenseits der Pauschalitäten erkennen Frauen gemeinsame Erfahrungen. Hoffnungen. Sie entdecken miteinander Wurzeln von Sprach-

losigkeit und Vereinzelung, von Unrechtsbewußtsein und Widerstand. Es ist spürbar, wie wenig wir voneinander wissen, von der Realität und Geschichte der Anderen, auch der eigenen.

Erste Schritte dahin, die Differenz wahrzunehmen und darzustellen, sind vom Senat



gestützte Frauenforschungsprojekte, wie auch ein Gesprächskreis von Feministinnen aus Ost- und Westberlin.

Es gibt Querverbindungen zwischen Ostberliner Lesben und Westberliner Projekten, Vereinen und Arbeitsgruppen, in denen Lesben arbeiten, z.B. mit dem Spinnboden-Lesbenarchiv, dem Feministischen Filmbildungsverein, dem Frauenkulturzentrum Begine.

Politische Kontakte über die Parlamente, Fraktionen und Verbände sind Alltag geworden.

Das sind Tendenzen einer Auseinandersetzung. Spürbar bleibt, daß jede für sich eigene Geschichte bearbeiten muß, ehe sie in den übergreifenden Ost-West-Konflikt gehen kann. Oder kommt sie darüber an die eigene Geschichte?

Die Verletzungen bleiben gegenseitig offen.

Die Fragen aneinander auch.



WESTFRAUEN SIND
IRGENDWIE OFFENER
IN IHRER LEBENS-
PLANUNG

Daniela Dahn

Wie viele Westfrauen kenne ich inzwischen gut genug, um verallgemeinern zu können? In meinem Adreßbuch stehen 36 weibliche Namen mit westlicher Anschrift. Frauen, mit denen ich befreundet bin oder öfter beruflich zu tun habe. Ohne mich jetzt damit aufzuhalten, was das bedeutet, unterstelle ich, daß sie emanzipiert sind, genauso wie die Inhaberinnen östlicher Adressen in meinem Buch. Bei erster, grober Annäherung scheinen mir alle gleich vertraut, und mir fallen kaum Unterschiede ein. Alle Mütter lieben und verwöhnen ihre Kinder gleichermaßen, sind ähnlich zärtlich, besorgt und gestreßt. Da scheint es grenzüberschreitende Prägungen zu geben. Aber wie viele von ihnen sind Mütter? Im „Spiegel“ las ich unlängst, daß im **Westen 33 Prozent der Frau-**

en zugunsten ihrer Karriere bewußt auf Kinder verzichten, im Osten nur 0,5 Prozent.

Das konnte ich kaum glauben. Jetzt kommt mir die Idee, dieses Verhältnis an Hand der ganz subjektiven Auswahl meines Adreßbuches zu überprüfen.

Nie zuvor habe ich mir das bewußt gemacht: Keine Kinder haben 8 Prozent meiner östlichen, aber 47 Prozent meiner westlichen Freundinnen und Bekannten! Im emanzipierten, akademisch-künstlerischen

Bereich scheinen die Schwierigkeiten, Kinder im Berufsleben zu platzieren, also überdurchschnittlich groß.

Selten ist es mir gelungen, mit den **kinderlosen Westfrauen** über diese Thema offen zu reden. Ein Gefühl von Entbehrung wird kaum artikuliert, es handelt sich um eine tabuisierte Zone. Durchblicken lassen - wenn überhaupt - eher älter wer-

dender Frauen, für die sich der Wert beruflicher Erfolge langsam relativieren muß und die einem enkellösen, also recht ruhigen Ruhestand entgegensehen, daß der Preis womöglich zu hoch war.

Da ich selbst mich erst relativ spät zu Mutterfreuden entschlossen habe, weiß ich aus meiner kinder-

losen Zeit, daß dies wohl der sensibelste Punkt im Leben einer Frau ist, und will daher über Schutzmechanismen in keiner Weise richten.

Hier sollen ja

nur Beobachtungen benannt werden.

Ostfrauen sind berufstätig. Westfrauen sind erwerbstätig. Dabei erscheinen mir die westlichen Kolleginnen irgendwie perfekter. **Sie treten selbstsicher auf, sind rhetorisch gewandter und argumentieren nicht so zurückhaltend.** Ausnahmslos alle beherrschen eine Fremdsprache besser, viel haben als



Au-pair-Mädchen oder Studentin einige Monate im Ausland verbracht. Sie sind es gewohnt, auf internationalen Kongressen aufzutreten, und scheinen sich nicht daran zu stören, daß die Gattinnen ihrer zahlenmäßig natürlich weit überlegenen, männlichen Kollegen sich derweil beim parallel laufenden Damenprogramm vergnügen.

Die Westfrauen sind irgendwie offener und beweglicher in ihrer Lebensplanung, nicht selten haben sie und ihr Partner getrennte Wohnungen. Oft sind sie auch einfach Singles, die ihren Beruf (über alles?) lieben und bereit sind, rund um die Uhr für die Firma oder das eigene Unternehmen oder Projekt dazusein.

Überhaupt die Projekte. Viele meiner zum Teil arbeitslosen westlichen Freundinnen haben eine beachtliche Fähigkeit, Projekte auszudenken oder aufzutreiben und die Geldgeber gleich dazu. So leben sie im Zweijahresrhythmus beneidenswert gelassen (und lässig gekleidet) von Projekt zu Projekt. Das Projekt Mann wird dabei mal eben eingetaktet, das Projekt Kind aber – das

hatten wir aber schon. Wir aus unserem einst geregelten Ostleben sehen bewundernd auf soviel Abenteuer und übersehen leicht die Härten.

Bei den Angestellten geht es schon etwas gestrenger zu, was sich auch in der ungeschriebenen Kleiderordnung zeigt. Das weibliche Pendant zum beschlippten Yuppie zeigt eine Büro- und Geschäftseleganz, die es so im Osten nicht gab: teures Tuch, bieder verarbeitet. Wobei die innere Unabhängigkeit von Vorbildern aus der Werbung nicht immer proportional zur Bildung ist.

Die Westfrauen brauchen immer noch weniger Kraft für die Reproduktion des täglichen Lebens, was sich vorteilhaft auf ihr Outfit auswirkt. Sie sind viel leistungs-, also gesundheitsbewußter, auch wenn sie sich nicht wie Amerikanerinnen ununterbrochen mit Joggen, Fitneßtraining und Aerobic elastisch halten. Während die Ostfrauen nun auf vitaminreiche Kost achten können, sind sie längst auf cholesterinarme bedacht. **Die Vertreterinnen der westlichen Frauenbewegung haben ein kritischeres Bewußtsein**

über die Folgen patriarchalischer Gesellschaftsstrukturen als ihre östlichen Mitstreiterinnen. Sie sind resoluter, herber und konsequent männerfeindlich. Die Vorstellung, die Welt gemeinsam mit den Männern freundlicher machen zu können, halten sie für grenzenlos und grenzenbedingt naiv. So ist das wohl alles. Aber auch ganz anders. (mit freundlicher Genehmigung der Autorin und „Sibylle“)



Christiane Schindler

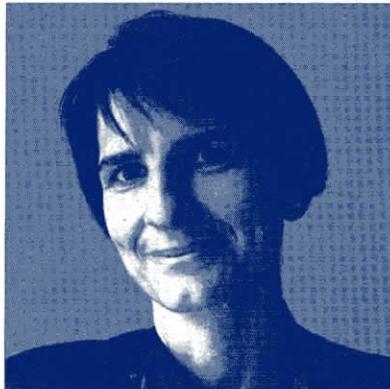
FRAUEN RUNDE TISCHE - EIN SINNVOLLES POLITIKMODELL ?!

Es gibt ihn seit August 1990 – den Frauenpolitischen Runden Tisch. Die Initiative dazu ging vom UFV aus. Ausgangspunkt war der Gedanke, daß mit der Schaffung parteinaher oder -anhängiger Frauenarbeitsgemeinschaften, der Gründung bereichs- und berufsspezifischer Frauenorganisationen oder -gruppen, in denen sich auch viele Frauen engagierten, die den UFV mitgegründet hatten, der UFV selbst nur noch einen Teil des frauenbewegten Spektrums repräsentierte. Der UFV war nicht mehr die Sammlungsbewegung, als die er sich auf seinem Gründungskongreß bestimmte.

In der Noch-DDR (zur damaligen Zeit ein gängiger Begriff) wurde zu diesem Zeitpunkt der zweite Staatsvertrag – der sog. Einigungsvertrag – debattiert. Der erste hatte

lakonisch formuliert, daß es die besonderen Interessen von Frauen und Behinderten zu berücksichtigen gelte. Der zweite Staatsvertrag drohte die Interessen der DDR-Frauen in ähnlicher Weise zu negieren.

Deshalb also der Versuch, in Weiterführung des Gedankens der Runden Tische, einen Frauenpolitischen Runden Tisch zu initiieren. Er sollte die Möglichkeit schaffen, „das breite Spektrum von relevanten frauenpolitischen Bewegungen in einem gemeinsamen Dialog zusammenzuführen, um so die Wirksamkeit der Interessenvertretung von Frauen für Frauen in der Noch-DDR – und darauf kam es im Zusammen-



hang mit der Erarbeitung des zweiten Staatsvertrages in einer ersten Phase v.a. an – zu erhöhen“. Der im Aufruf formulierte Anspruch war enorm. Es ging nicht nur um die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit für die Geschlechterfrage und gemeinsame Aktivitäten, sondern auch um die direkte Einflußnahme auf die Politik. Um dies erreichen zu können, forderten wir im Aufruf die Unterstützung durch das Ministerium für Frauen und Familie. Etwas, was zu dieser Zeit durchaus noch realistisch war. Von Anfang an arbeitete eine Vertreterin des Ministeriums als Kontaktperson am Frauenpolitischen Runden Tisch mit. Am Tisch saßen der UFV, der DFD, die Bürgerbewegungen (NF, IFM, DJ, VL), der Bauernverband, die Grüne Partei, die PDS, die SPD und die CDU. Innerhalb kürzester Zeit gelang es, einen offenen Brief mit Forderungen zum Einigungsvertrag zu erarbeiten und den Volkskammerabgeordneten zu übergeben, wurde ein Forderungskatalog zum Thema Frauen und Erwerbsarbeit erstellt und ein Hearing zum selben Thema veranstaltet,

RUNDER TISCH

formulierte der Frauenpolitische Runde Tisch seine Grundposition zum Recht der Frau auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft. Es gelang, die „Richtlinien des Ministeriums für Frauen und Familie zur Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen“ noch in der Phase ihrer Erarbeitung öffentlich zu machen. Mit diesen Richtlinien sollten die Voraussetzungen für eine Beratung unter den Bedingungen eines zukünftigen §218 geschaffen werden (Beratung wird in diesen Richtlinien reduziert auf Schwangerschaftskonfliktberatung und mit einem Beratungsziel – verfassungskonforme Entscheidung der Frau verbunden). Die Verabschiedung dieser Richtlinien konnte nicht mehr verhindert werden, aber das Problem der Trägerschaft und der inhaltlichen Ausrichtung der Schwangerschaftsberatungsstellen ist seit dem in der öffentlichen Diskussion.

Mit den beschriebenen Aktivitäten kristallisierten sich die zwei Arbeitsschwerpunkte des Frauenpolitischen Runden Tisches heraus: Frauen und Erwerbsarbeit und das

Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft. Der Frauenpolitische Runde Tisch organisiert sich heute in zwei Arbeitsgruppen, die zu diesen Themen arbeiten. In den Arbeitsgruppen sind Organisationen/Frauengruppen und auch Einzelfrauen – heute aus Ost und West – vertreten, die sich spezifisch mit diesen Themen beschäftigen. Es ist klar, daß die CDU aus ihrer Position „demokratisch legitimierter Regierungsverantwortung“ schon lange nicht mehr am Tisch vertreten ist. Aber auch im Parteiprofilierungskonzept der Bürgerbewegungen scheinen es nicht die Themen zu sein. Wichtig ist m.E., daß Einzelgewerkschaften jetzt am Tisch mitarbeiten.

Ursprünglich gedacht als Ost-weiter Runde Tisch, haben die Vertreterinnen an ihm heute das Mandat ihrer Berliner Landesverbände. Das hat vor allem zwei Gründe: Zum einen entstanden eine Vielzahl Frauen-Runder-Tische, so daß der Frauenpolitische Runde Tisch heute nur noch einer unter vielen ist. Zum anderen sehen Frauen nach dem Westanschluß ihrer Organisationen

und Verbände keine Möglichkeit mehr, ein Organisationsmandat zu bekommen. Das Anliegen ist es aber nach wie vor, überregionale Themen aufzugreifen und öffentlich zu machen. So haben wir z.B. durch unseren Protest erreichen können, daß der Sonderausschuß des Bundestages zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches seine Einladungsliste zu der von ihm durchgeführten Anhörung um Expertinnen aus den ostdeutschen Bundesländern erweitern mußte. Öffentlichlich versuchen wir auch für ein anderes Thema herzustellen - das der bereits vorhandenen bzw. drohenden Frauenarmut in den ostdeutschen Bundesländern. Im Februar fand dazu eine vom Frauenpolitischen Runden Tisch organisierte Fachtagung statt, an der 180 Frauen teilnahmen. Hearing, Petitionen an die Ministerien und den Bundestag und die Forderung an die Fraktionen, eine aktuelle Stunde im Bundestag zu diesem Thema zu beantragen sind die nächsten Schritte, um dieses Problem öffentlich zu machen, Druck zu erzeugen und die Politik zum Handeln zu zwingen.

Was bringen nun derartige Formen frauenpolitischen Engagements? Interessant ist doch, daß zwar sofort nach den Wahlen das Ende der Runden Tische offiziell verkündet wurde, aber schon nach kurzer Zeit in mehreren Städten insbesondere von Frauen der Gedanke der Runden Tische in verschiedener Form wiederbelebt wurde und sich bis heute hält. So gibt es den beschriebenen Frauenpolitischen Runden Tisch, das Sächsische Frauenforum e.V., den Chemnitzer Frauen Runden Tisch, einen Runden Tisch der Frauen im Land Brandenburg u.a.

Andere Themenbereiche betreffende Runde Tische entstanden zeitlich später und es gibt sie

nur vereinzelt, wie z.B. den Runden Tisch gegen Gewalt (in Leipzig?) oder den Runden Tisch von unten in Berlin.

Das hängt m.E. damit zusammen, daß bereits sehr früh – noch vor dem staatlichen Vollzug des Anschlusses – seine Konsequenzen für Frauen vorhersagbar waren. Frauen

sind die Verliererinnen der Wende – heute eine Standardformulierung. Was das für jede einzelne Frau bedeutet, welche Folgen vor allem die Verdrängung der Frauen aus der Erwerbsarbeit für ihre gesamte Lebenssituation hat, darüber gibt es keine Öffentlichkeit. Ich denke, daß die Situation von Frauen in drastischer Weise die Grenzen und die Unfähigkeit eines auf Parteien und vierjährige Wahlen reduzierten parlamentarischen Demokratieverständnisses offenbart. Runde Tische sind unter diesen Bedingungen immer eine Infragestellung des



gegenwärtigen „demokratischen Systems“ – und werden von den HERRschenden durchaus auch so empfunden. Sie sind der Versuch anderer, auf Selbstvertretung basierender Politikformen. Als Organisationsformen können sie der Vernetzung der verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen und Interessenvertretungen dienen. Als im außerparlamentarischen Raum an-

gesiedelte Politikform beziehen sie sich unter den gegenwärtigen Bedingungen in ihren Forderungen jedoch auf die parlamentarischen Ebenen. Sicherlich hat keine der Frauen, die an diesen Tischen mitarbeitet übertriebenen Erwartungen, was die unmittelbare Wirksamkeit ihres Engagements betrifft. Aber in dem Maße, wie wachsende Wahlmüdigkeit das Desaster klassischer Parteiendemokratie signalisiert, wachsen die Chancen und Zwänge zu neuen demokratischen Politikformen.

Was Runde Tische als alternatives Politikmodell charakterisiert ist die Abkehr vom Prinzip der Mehrheit. Runde Tische sind paritätisch besetzt, d.h. alle Organisationen etc. haben unabhängig von ihrer Größe die gleiche Stimmenzahl. Es herrscht das Konsensprinzip. Die Tische bietet also die Möglichkeit einer problem- und sachbezogenen Zusammenarbeit, ohne Machtpräsentation und Dominanzprinzip. Bisher arbeiten die verschiedenen Frauen Runden Tische in relativer Unkenntnis voneinander. Ich denke das es Zeit ist für einen Erfahrungs-

RUNDER TISCH

austausch, für den Beginn einer Vernetzung. Um eine solche anschieben zu können, müßte erst einmal bekannt sein, wo sich überall Frauen an Runden Tischen engagieren. Ich würde mich über Eure Zuschrift freuen.

Kontakt:

Christiane Schindler,
UFV, O - 1080 Berlin,
Friedrichstr. 165,
Tel.: 2 29 16 85

VERFASSUNGS-
KURATORIUM

Ines Koenen

KURATORIUM FÜR EINEN DEMOKRATISCH VERFASSTEN BUND DEUTSCHER LÄNDER,

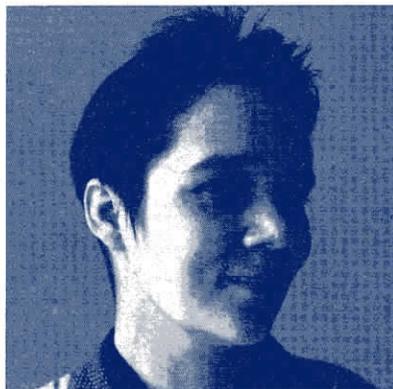
Was ist damit gesagt?

Das Kuratorium ist eine BürgerInneninitiative. Auch das ist noch nichts besonderes. Es ist eine gesamtdeutsche „Bewegung“. Das ist schon etwas mehr. Und sie arbeitet parteienübergreifend.

Wirklich?

Nun denn also doch etwas zur Geschichte des Kuratoriums für einen demo...

Die Initiative zur Gründung des Kuratoriums ging von der Arbeitsgemeinschaft „Verfassung“ des Zentralen Runden Tisches der DDR aus.



Nachdem der Verfassungsentwurf des Runden Tisches von der ehemaligen Volkskammer abgelehnt wurde und auch die noch bestehende DDR als gleichberechtigte/r Partner/in des Wiedervereinigungsprozesses zunehmend an Einfluß verlor, wurde das Projekt Neue Verfassung zugunsten eines „gesamtdeutschen Weges“ für eine neue Verfassung des wiederzuvereinigenden

Deutschlands aufgegeben. Konstituiert hat sich diese Initiative am 16. Juni 1990 im Berliner Reichstag unter Anwesenheit von ca. 120 weiblichen und männlichen Persönlichkeiten aus der ehemaligen DDR und der BRD, darunter: Sascha Anderson, Rudolf Bahro, Bärbel Bohley, Wolf Biermann, Marianne Birthler, Tatjana Böhm, Hilde v. Braunmühl, Freimut Duve, Jürgen Fuchs, Günter Grass, Gerald Häfner, Heide Hering, Petra K. Kelly, Freya Klier, Erich Küchenhoff, Ludwig Mehlhorn, Fritz Pleitgen, Gerd Poppe, Lutz Rathenow, Jürgen Rennert, Horst Eberhard Richter, Lea Rosh, Otto Schily, Klaus Staek, Friedrich Schorlemer, Wolfgang Templin, Wolfgang Ullmann, Antja Vollmer, Ulrich Vultejus, Konrad Weiss. Sie verstand ihre Aufgabe darin, „eine breite öffentliche Verfassungsdiskussion zu fördern ... Auf der Basis des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland unter Wahrung der in ihm enthaltenen Grundrechte und unter Berücksichtigung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches soll eine neue, gesamtdeutsche

Verfassung ausgearbeitet werden.“
(Aus dem Gründungsaufruf des Kuratoriums)

Innerhalb kürzester Zeit fanden zwei Kongresse „auf dem Boden des Territorium der ehemaligen DDR“ statt, in dem verfassungsgeschichtlich symbolischen Weimar und im märkisch-preußischen Potsdam. Dort wurde über die Grundlagen und Inhalte und einer neuen gesamtdeutschen Verfassung debattiert. Teilgenommen haben nicht nur, wie man/frau vermuten möchten, Juristen oder andere Fachmensen, sondern über achthundert interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich angesprochen und aufgerufen fühlten, an diesem Prozeß mitzuwirken.

Grundüberlegung hierbei war, den Prozeß der Debatte darüber, von welchen neuen Inhalten eine neue gesamtdeutsche Verfassung bestimmt werden soll und welches das Verfahren ihrer Verabschiedung sein soll, nicht allein von Expertinnen und Experten diskutieren zu lassen, sondern ein öffentliches und überregionales Forum für einen breiten Kreis an interessierten Bür-

gerinnen und Bürgern zu schaffen. Außerdem initiierte das Kuratorium eine breit angelegte Unterschriften-sammlung für eine „Verfassung mit Volksentscheid“, um der Forderung nach einem demokratisch gestalteten Vereinigungsprozeß Nachdruck zu verleihen. In der Geschäftsstelle des Kuratoriums sind dazu über 60 000 Unterschriften eingegangen. Im vergangenen Jahr arbeitete die Redaktionsgruppe des Kuratoriums einen eigenen Verfassungsentwurf aus, der auf den auf beiden Kongressen in Arbeitsgruppen erarbeiteten Ergebnissen aufbaut. Dieser Verfassungsentwurf wurde am 15./16. Juni 1991 in der Frankfurter Paulskirche der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Dieser Verfassungsentwurf und die dazugehörige Denkschrift stieß seitdem auf große Resonanz in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen (wenn auch nicht ausschließlich positiv) und wird oft bei Beratungen von Gremien, die sich mit einer Reform von Verfassung beschäftigen, als „kompetentes Papier“ herangezogen.

Der Einigungsvertrag von 1990 hat

für das Grundgesetz bzw. die Verfassungsfrage keine eindeutigen Festlegungen getroffen. Anfang dieses Jahres hat sich in Bonn eine Verfassungskommission, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesrates und Bundestages zusammensetzt, gebildet. Bislang sieht es ganz danach aus, als wolle man in Bonn unter sich bleiben und nur notwendig gewordenen Änderungen am Grundgesetz vornehmen, z.B. Angleichung an die Maastrichter EG-Beschlüsse, out of Area-Einsätze der Bundeswehr und die Asylfrage auf der Ebene der Verfassung regeln.

Das Kuratorium hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Prozeß in Bonn aufmerksam und kritisch zu begleiten und führt dazu mehrerer thematische Anhörungen durch. Die erste fand am 13. März 1992 zu „Föderalismus-letzte Chance für die Länder“ statt. Die nächste wird sich mit den „Frauenrechten in der Verfassung“ beschäftigen. Der Vertiefung und Fortsetzung der Diskussion vom 13. März soll die Anhörung am 5. Juni 1992 unter dem Arbeitstitel „Unionsbürger-Staatsbürger-

RUNDER TISCH

Gemeindebürger – Die Kommunen im Prozeß der europäischen Einigung“ dienen.

Einer gewissen „kritischen Wächterrolle“ in Bonn gerecht zu werden, ist nicht die einzige Aufgabe, die sich das Kuratorium gestellt hat. Nach wie vor hält es an seinem Anspruch fest, die Debatte um eine neue gesamtdeutsche Verfassung nicht einigen wenigen Auserwählten zu überlassen, sondern diesen Prozeß in die Bevölkerung zu tragen. Zu diesem Zweck haben wir in der letzten Zeit unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärkt, Anzeigen in großen Tageszeitungen geschaltet und eigene Publikationen herausgegeben. Dazu gehören neben dem Verfassungsentwurf und der Denkschrift die Broschüren „Verfassung mit Volksentscheid“ Reden von Lea Rosh, Adam Krzeminski, Hans-Peter Schneider und Wolfgang Ullmann auf dem Weimarer Kongreß 1990, „In freier Selbstbestimmung“ mit dem Grundgesetz der BRD und dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches und verschiedenen Redebeiträgen und die BürgerInneninformation „Verfassung geht uns alle an“.

In den fünf neuen Bundesländern findet derzeit der Prozeß der Erarbeitung und Diskussion der Länderverfassungen statt, den das Kuratorium sowohl beratend als auch archivisch-sammelnd begleitet. Auch hier wird der Verfassungsentwurf des Kuratoriums oft zu Rate gezogen. Wir beteiligen uns an den Koordinierungstreffen der Grünen/Bündnis 90, deren LandtagsvertreterInnen sich mit Verfassungsfragen beschäftigen.

Für unverzichtbar für eine neues Grundgesetz hält das Kuratorium ferner, das die Bürgerinnen und Bürger zu der neuen Verfassung ihr Ja-Wort in Form eines Volksentscheides geben können. Dafür wurde vom Kuratorium ein Entwurf eines Ausführungsgesetz gemäß Artikel 146 GG erarbeitet, der auch die Möglichkeit eines Volksbegehrens beinhaltet.

Das klingt alles irgendwie optimistisch, aber in Wirklichkeit muß um die wirkliche politische Partizipation „des Volkes“ noch sehr gerungen werden. Derzeit verzeichnen wir ein gewachsenes Interesse an Verfassungsfragen, oft werden an uns

Anfragen und Bitten um ReferentInnen und Informationsmaterial gerichtet, die wir nach Maßgabe unserer Kräfte bemüht sind, zu erfüllen. Gerade Frauen „erobern“ sich derzeit zunehmend das Thema Verfassung. Verschiedene Initiativen, Verbände und Organisationen von Frauen führen Veranstaltungen zu Frauenrechten in der Verfassung durch, wenden sich mit Eingaben an die Verfassungskommission, stellen Forderungskataloge auf. So bleibt uns zu hoffen, daß die Verfassung nicht nur immer weniger eine Sache von ExpertInnen wird, sondern zunehmend immer mehr auch die von Frauen.

Rosemarie Ribitzki



RAUEN MACHEN
POLITIK

Das wollen wir uns auch in der Stadt Neubrandenburg und im Landkreis auf die Fahnen schreiben und sind dabei, uns viele Verbündete unter den Frauen zu suchen. Der

Frauenpolitische Runde Tisch, der sich spontan am 9. März in Neubrandenburg gegründet hat, geht auf eine Initiative der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt und des Landkreises zurück. Wir hatten anlässlich des Internationalen Frauentages Frauen der verschiedenen Verbände, Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Institutionen zu einer Gesprächsrunde eingeladen, um eventuell trotz unterschiedlicher Auffassungen und Konfessionen gemeinsame Schwerpunkte zu finden, für die es lohnt zu kämpfen. Folgende Themen kristallisierten sich dabei heraus:

- Arbeitsmarktsituation für Frauen
- Kinderbetreuungseinrichtungen
- Frauen in politischen Gremien
- Paragraphen 218 und 219

Die anwesenden Frauen forderten, ein Forum zu bilden, das frauenpolitische Forderungen in Abstimmung mit den jeweiligen Basisgruppen formuliert und die Arbeit der Verwaltungen und Parlamente einbringt. Als erste gemeinsame Handlung wurde eine Resolution an den Landtag Mecklenburg/Vorpommern und das Kulturministerium

verabschiedet, in der wir die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen in Höhe von 50% der Gesamtkosten forderten. Ein bemerkenswerter Schritt in Richtung gemeinsame Frauenpolitik scheint uns der Konsens zu sein, den wir in bezug auf Kindertagesstätten mit der Frauenunion der CDU gefunden haben. Größere Differenzen ergeben sich bestimmt bei der Diskussion um eine neue Verfassung, die im Mittelpunkt unseres Runden Tisches am 18.5.92 stehen soll. Ziel ist es, eine breite Aktion unter dem Motto „Frauen in bester Verfassung“ zu starten, in deren Rahmen möglichst viele Frauen ihre Vorschläge bzw. Forderungen an die Verfassungskommission unter Leitung von Henning Voscherau richten. Auf kommunaler Ebene ist, wie sicherlich überall in den neuen Bundesländern, das Problem der Frauenarbeitslosigkeit besonders akut. Aus diesem Grund sitzt die Gleichstellungsbeauftragte des Arbeitsamtsbezirkes Neubrandenburg mit am Runden Tisch. Wir hoffen, damit zu erreichen, daß vorgesehe-

ne Frauenprojekte zügiger und mit größerem Nachdruck in die Realität umgesetzt werden können.

Ein weiteres „Produkt“ des Runden Tisches sind Frauenstammtische, die inzwischen sowohl im Landkreis als auch in der Stadt Neubrandenburg das erste Mal stattgefunden haben. Hier können in zwangloser Form frauenrelevante Fragen in einem offenen Gesprächsforum diskutiert werden.

GesprächspartnerInnen aus Politik, Wirtschaft, Kultur werden dazu eingeladen, wobei die Annahme dieses Stammtisches durch die Frauen abgewartet werden muß. Wir hoffen, daß die Stammtische einen eigenen Reiz haben – nämlich ohne männliche Begleitung abends eine Gaststätte aufzusuchen.

Fest steht für uns, nur wenn die Frauen es selber wollen und Aktivitäten entwickeln, kann wirksame Frauenpolitik gemacht werden. Dabei wollen wir helfen.

Kontakt:

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Neubrandenburg,
Fr.-Engels Ring 53,
O - 2000 Neubrandenburg

F RAUENGERECHTE STADT – FEMINISTISCHE PLANUNG

Julia Mölck

Die Fahrbahnen sind besser beleuchtet als die Gehwege. Es gibt mehr Fußballplätze als öffentliche Turnhallen. Für Jugendliche gibt es mehr Skateboardanlagen als Rollschuhbahnen. In welchem Zusammenhang steht das mit Frauen und Männern, mit der feministischen Planung? Der Frauenanteil beim Fußball liegt bei 9% (Spitthöver). Fußballplätze, die anscheinend zu jedem ausgewiesenen Sportplatz gehören, können kaum multifunktionell genutzt werden. Oft wird sogar mit dem Begriff Sportplatz ein Fußballfeld assoziiert. Daran können wir die dominante Bedeutung des Fußballspieles für den Sportbereich messen und sehen, daß die Gelder in das männliche Sportinteresse fließen. Noch vor ein paar Jahren ratterten Jungs mit ihren Brettern über Fußwege

und Stadtplätze, zum Ärgernis der erschrockenen und gestörten PassantInnen. Sie demonstrierten schnell und laut den Mangel an den für sie existierenden Freiflächen. Sie beschlagnahmten Flächen für sich, es wurden Gelder ausgegeben und spezifische Flächen ausgewiesen. Rollschuhfahrende Mädchen klagten diesen Mangel nicht durch Vereinnahmung öffentlicher Räume ein. Sie haben weder Gelder noch Flächen für ihre Freizeitbetätigung zur Verfügung gestellt bekommen. Mehr als die Hälfte der Straßenbreite nimmt die Fahrbahn ein. Sie ist besser ausgestattet und besser beleuchtet als der Gehweg. Der motorisierte Individualverkehr wird überwiegend von Männern bestritten. Männer besitzen die Autos, Männer fahren mit dem familieneigenen Auto zur Arbeit. Frauen gehen zu Fuß, fahren mit dem Fahrrad oder nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel. Wiederum wird ein Bereich unseres Stadtbildes überwiegend von Männern genutzt. Natürlich sind das nur einige Beispiele von vielen und auch hier gilt die Regel: Ausnahmen bestätigen

die Regel. Doch die tatsächliche Norm dieses Mißverhältnisses erfordert eine Feministische Planung. Mängel werden benannt, Defizite werden eingefordert. Im besten Fall soll Feministische Planung die Gesellschaft verändern. Frauen sollen eine selbstverständliche Bewegungsfreiheit durch Planung erhalten. Feministische Planung kann auch schlicht frauenorientierte Planung sein – den Alltag erleichtern. Oft stößt Frau in der Stadt auf Hindernisse, Planung erweist sich als Fehlplanung. Das unsägliche Erlebnis mit einem Kinderwagen unterwegs zu sein. Hier quetschen sich meist Mutter, auch Vater mit dem Kind zwischen parkenden Autos durch, hetzen über die mit hoher Geschwindigkeit frequentierten Fahrbahnen, in Todesangst, nicht doch von einem der blitzenden Kotflügel mitgenommen zu werden oder buckeln sich ächzend durch Unterführungen und zu U-Bahnstationen. Immer mit einem freundlichen Lächeln und „bittendem Auge“, daß sich jemand zum Lastenausgleich erbarme.

Kurzum das „Produkt“ Objektplanung in unseren Städten ist mangelhaft. Solche Produkte ließen sich auf dem freien Markt der Marktwirtschaft wohl kaum verkaufen.

Feministische Planung muß nicht etwas völlig anderes sein, es geht mehr um die Überprüfung

auf „Frauenverträglichkeit“, auf „Umweltverträglichkeit“. Die Methode Feministischer Planung läßt sich wie folgt beschreiben:

Es werden Flächen/Räume ausschließlich für Frauen ausgewiesen. Hierbei muß in der Planung nicht auf Übergriffe von Männern eingegangen werden. Frauen

können sich in diesen Räumen ungezwungen verhalten. Bei Planungen eines gemischtgeschlechtlichen Bereiches werden frauenspezifische Belange berücksichtigt. Hierbei steht der Schutz vor Männergewalt an erster Stelle. Vollzogene Planungen werden z.B. durch eine nächtliche Bestandsaufnahme durch Frauen überprüft. Die Planerin versetzt sich in die Rolle der Betroffenen, so kann reale Unsicherheit und Angst, aber auch das Gefühl der Sicherheit subjektiv in das Projekt ein-

fließen. Entscheidungen werden innerhalb von Diskussionen mit Anderen, die an dem selben Planungsgebiet arbeiten, hinterfragt.

Frauen werden in den Vordergrund gerückt, z.B. durch Ausweisung von Mädchenschulen, reiner Frauenarbeitsplätze, ausschließlich weiblicher Straßennamen, etc.

Es werden mindestens zwei Spielobjekte gleicher Art zur Verfügung gestellt, so daß Mädchen sich eines erobern können. Dadurch treten Mädchen zwar in Konkurrenz zu Jungen, müssen aber nicht mit ihnen rivalisieren.

Eine Utopie?

Es gibt einige Frauenprojekte, die über solch eine Planung entstanden sind. Es gibt aber auch zahlreiche Orte, die sich Frauen angeeignet haben, um diese nach und nach für sich zu gestalten, z.B. Vorgärten, Hinterhöfe, Plätze die zu Treffpunkten wurden.

Doch nicht des Mauerblümchens Geschick ist unsere Berufung, so müssen wir also weiterhin unsere Forderungen öffentlich einbringen, um das durchzusetzen, was allen so stinknormal erscheint.



DIE LOBBY DER FRAUEN – UND DER DEUTSCHE FRAUENRAT

Uta Kehr

Ende März 1992 erreichte uns in Weimar eine Einladung des Deutschen Frauenrates zu deren Thüringer Landesbüroeröffnung in Jena. Wir in Weimar waren nicht einmal überrascht, gab es doch in den vergangenen Wochen schon einzelne Gerüchte und versteckte Wut. Der Deutsche Frauenrat – eine „Bundesvereinigung Deutscher Frauenverbände und Frauengruppen gemischter Verbände e.V.“ – mit 46 Mitgliederverbänden – hat trotz scheinbarer Massenbewegung bei Thüringer Frauen – nach dem, was ich durch Gespräche erfuhr – nicht gerade einen guten „Ruf“...“ Sie sollen sehr konservativ sein; bei denen gehts sehr nobel zu; sind doch alles CDU-Frauen; machen Alibi-Politik und kriegen `n Haufen Geld dafür.“ Na gut, dies waren die Gerüchte, aber erfahrungsgemäß ist es ja sinn-



voller, wenn frau ihre eigenen Eindrücke bekommt. Und so fuhren wir ohne Eindruck, sondern eher mit innerem Druck am 2. April 92 nach Jena. Laut Einladung sollte Bundesministerin Angela Merkel auch da sein und wir wollten bei dieser Gelegenheit ihre zugesagte Unterstützung unseres Frauenzentrums gleich mal ins Gespräch bringen. Aber Frau Merkel hatte sich den Fuß vertreten und konnte nicht anwesend sein.

Dafür trafen wir auf Frauen aus dem Frauenzentrum Jena, die sehr wütend der netten Ansprache des Jenaer Oberbürgermeisters lauschten. Nach wenigen Minuten begriff ich plötzlich, was hier vor sich ging. Die Realität der Informationen, die ich vorher bekommen hatte, erlebte ich gerade sehr offensichtlich.

Der Deutsche Frauenrat hat jetzt also sein Büro eröffnet, sich zur Aufgabe gestellt: „Frauenverbandstrukturen und Frauenverbandsarbeit aufzubauen und zu fördern.“ Sie wollen jetzt endlich die neuen Bundesländer unterstützen, indem sie Initiativen, Verbände usw. vernetzen.

Regelrecht „gerührt“ war ich darüber, mit welcher frechen Selbstverständlichkeit von den Frauen dort ignoriert wurde, daß Thüringer Frauen bereits vor der Eröffnung eines solchen Büros seit zum Teil vielen Jahren aktiv an gesellschaftlichen Veränderungen arbeiten, daß es die Frauenbewegung schon lange gibt und daß auch Vernetzung untereinander kein Tabu ist, sondern das hier viele Varianten erprobt werden und das es Zusammenarbeit und

Zusammenschlüsse auf verschiedenen Ebenen bereits gibt. Aber nicht genug. In Jena gibt es noch zusätzlichen Frust: die Frauen im Frauenzentrum, die sehr mühevoll um Gelder und um Öffentlichkeit kämpfen, fühlen sich natürlich verschaukelt. Bitter ist es, wenn ein OB plötzlich DIE Fraueninteressen unterstützen will, seine Unterstützung bekundet und die Frauen durch jahrelange Erfahrung wissen, wie unehrlich dieser Herr redet und das hier noch eine Büroeröffnung benutzt wird, um den anderen gleich mal zu dokumentieren, das dies die „bessere“ Variante von Organisation usw. ist. Übel ist es, miterleben zu müssen, wie sich die Presse plötzlich interessiert und wie einzelne Frauenbeauftragte das Anliegen des Dt. Frauenrates willkommen heißen. Nachdem wir Frauen aus den Projekten uns untereinander verständigten und feststellten, daß wir alle gleichermaßen sauer sind, handelten wir. So standen wir dann versammelt auf der Straße, um Frau Riedel - die Vorsitzende und Koordinatorin des Büros – eigens aus Bonn angereist – in das von uns gesuchte

Gespräch einzubeziehen. Wir wollten eine konkrete Vorstellung ihrer Arbeit und das klare Benennen von Aufgaben des Büros. Dabei erfuhren wir erst einmal, daß der Dt. Frauenrat davon ausgeht, daß vor allem die **Masse** von Frauen politikfähig macht ...

Als wir ihr sehr deutlich zu verstehen gaben, daß hier über unsere Köpfe hinweg entschieden wurde, dies sehr an die Politik der Bundesregierung, an die „Wende“ überhaupt erinnert und ihr die schon bestehenden Fraueninitiativen benannten, meinte sie prompt, sofort zu Beginn ihrer Arbeit Kontakt zu ihnen aufnehmen zu wollen.

Aha, dachte ich kurz, fiel mir doch gleich ein, welche Erfahrungen es mit Länderbüros gibt und was alles nicht funktioniert, wenn der Kontakt und Austausch – eine Zusammenarbeit von nur „einer Seite“ gesucht wird. Z.B. funktioniert die Vernetzung so nicht.

Und so teilten wir der inzwischen etwas patzig reagierenden Frau mit, daß nach unserem Demokratieverständnis **WIR** diejenigen sind, die, wenn sie das wollen, auf den Dt.

Frauenrat zugehen, um diesen in unsere Arbeit mit einzubeziehen und das dies umgekehrt einfach nicht geht. Nun war Frau Riedel fast verunsichert und fragte, ob sie nun das Büro wieder schließen sollen. Das wäre ja mal eine gute Konsequenz gewesen, aber so konsequent wollten wir alle ja doch nicht sein ... Wir übergaben ihr eine Anschriftenliste von den Gruppen und Initiativen in Thüringen, die überregional arbeiten und setzten unser Gespräch ohne Frau Riedel fort.

In den nächsten Wochen wollen wir ein Treffen der Thüringer Frauenprojekte organisieren, zu dem wir den Dt. Frauenrat einladen, um miteinander zu überlegen, ob aus dieser Situation nicht etwas Konstruktives werden kann.

Der genaue Termin und eine offizielle Vorbereitungsgruppe stehen noch nicht. Interessierte Frauen können sich ja mit Frauen in Jena oder Weimar in Verbindung setzen. Vielleicht kann solch ein Treffen Ende Mai/Anfang Juni stattfinden?

Kontakt:

Frauenzentrum Weimar,
H.-Heine Str.9, O - 5300 Weimar

Weiblick: Ich die „Neue“, Du die „Alte“. Alles deutet darauf hin, als müßten wir zur Zeit solche Differenzierungen formulieren, um uns der Bedeutung unserer ehemals ost-deutschen, jetzt gesamtdeutschen Frauenbewegung bewußt zu werden. Gunna, Du bist jetzt 51 Jahre alt. Wie hast Du in der DDR zur Frauenbewegung gefunden?

Gunna Bohne: Meine persönliche Antwort ist nicht unbedingt symptomatisch für alle Frauen meiner Generation. Ich bin durch die Lesbenbewegung der DDR zum Unabhängigen Frauenverband gekommen. Ich bin ja auch von den Lesben aus Dresden als Sprecherin vorgeschlagen worden. Es sind vorwiegend Lesben gewesen, die diese alternative Bewegung, alternativ im Sinne des Vergleiches mit DFD, anderen Parteiorganisation oder kirchlich gebundenen Gruppen, auf den Weg gebracht haben. Es gab da noch eine zweite Strecke, die Kontaktaufnahme mit den feministischen Theologinnen. Die sind eigentlich durch Westtheologie auf dieses Thema gestoßen, daraus ergab sich das Netzwerk „Feministi-

scher Theologinnen der DDR, „die auch über Jahre hinweg getagt haben und ein Teil von ihnen gingen dann in die Frauen- und Lesbenbewegung der DDR. In den von der Evangelischen Kirche organisierten Kirchentagen waren ja dann auch Arbeitskreise von Lesben und Schwulen – teilweise gegen Widerstände, anzutreffen. Ich würde sehr bedingt nur von einer Frauenbewegung sprechen. Das klingt jetzt etwas ausgrenzend, daß soll es aber nicht sein. Das sind einfach Fakten.

Weiblick: Haben also Lesben die Frauenbewegung im Osten Deutschlands ins Leben gerufen?

Gunna Bohne: So ausschließlich möchte ich es nicht sagen. Wir haben auch immer vereinzelt engagierte nicht lesbische Frauen dabei. Die aus biografischen Zusammenhängen ihres eigenen Lebens heraus zu uns gestoßen sind oder die ganz eigenständig eine kleine Gruppe irgendwo aufgemacht hatten. Alles alternative, alles was nicht konform mit Staatspolitik war, fand entweder in privaten Kreisen, wie auch die Lesben- und Schwulenbewegung in den 70er Jahren statt.

Frauenbewegung war ja in der DDR außerhalb lesbischen Selbstverständnisses nur im DFD.

Weiblick: Es gab keine feministische Frauenbewegung zu Zeiten der DDR?

Gunna Bohne: Eine Bewegung gab es nicht. Das Wort „Bewegung“ ist mir immer etwas suspekt, weil ich denke, daß es etwas suggeriert, was nur in Ansätzen, punktuell vorhanden war.

Weiblick: Waren denn Eure Forderungen allgemeiner als auf lesbische Problematik formuliert? So das sich auch andere Frauen vertreten gefühlt haben?

Gunna Bohne: Ja und Nein. Das war von der geistigen Weite unter uns abhängig, um das Thema Lesbenpolitik als eine Frage der kulturellen Entwicklung der Gesellschaft zu sehen, dies ist meine Haltung gewesen oder ob es eine Art Ghetto durch Schwule und Lesben selbst gesehen wurde. Das ist ja ein Phänomen was man seit Jahrzehnten im Westen hat. Ich muß von den Lesben- und Frauengruppen, in denen ich war sagen, daß wir alle gegen eine Abgrenzung waren. Ein

ganz kleiner privater Kreis hat die Sache getragen und sich dann 87-89 in fast alle Großstädte der DDR erweitert.

Weibblick: Warum plötzlich diese Wandlung?

Gunna Bohne: Wir hatten die Möglichkeit uns in kirchlich-öffentlichen Räumen zu präsentieren. Z.B. hatten wir 88 in Halle eine ganze Kirche gemietet. Da wurden Fragen der Lesben besprochen – darüber hatten sich auch andere Frauen angesprochen

gefühlt, denen es gefiel, daß Frauen auf einem Podium saßen und den Mund aufmachten. Für meine eigene Geschichte muß ich sagen, daß ich schon von meiner Erziehung her

immer großen Wert auf ein autonomes Leben gelegt habe. Für mich entwickelte es sich aus innerer Logik heraus. Das hat heute auch einen großen Nachteil, daß ich natürlich mit einem ganz anderen Anspruch die Entwicklung der Frauenbewegung sehe.

Weibblick: '89 hat sich der UFV spontan mit den verschiedensten Frauen gegründet. Es herrschte die hochzeitliche Euphorie, Arbeitswut und Engagement vor. Die damali-

gen politischen Gegebenheiten unterstützen dies. Nun ist inzwischen der Alltag eingetreten. Der Alltag selbst zeigt, ob sich eine Sache bewährt oder ob sie in die Brüche geht.

Gunna Bohne: Darauf kann ich Dir ganz persönlich antworten. Ich habe die Gründung des Verbandes mit äußerster Skepsis beobachtet. Ich bin nicht von Anfang an dabei gewesen. Es gab ja davor noch andere Überlegungen, z.B. einen Lesben-

und Schwulenverband zu gründen. Bin dabei sehr schnell zu der Auffassung gekommen, daß uns dies nicht weiterbringen würde. Um einen Verband wirklich lebendig zu halten, muß eine tragfähige



Mindestmasse mit der notwendigen Qualität vorhanden sein. Ohne dem ist es eine Sache für ein paar Funktionäre. Für mich war instinktiv und argumentativ klar, daß das eine euphorische Tat ist. Ich erinnere mich noch an eine Diskussion in unserer Dresdner Lesbengruppe, ob wir nun dem Verband beitreten sollten oder nicht. Später kam an die Gruppe die Bitte, eine Sprecherin in Verband zu schicken. Ich wurde dann mit einer sehr großen Mehrheit auf einer Regionalversammlung gewählt. Ich mußte mich entscheiden. Auf jeden Fall wertete ich es als einen Versuch der sich lohnt, egal wie er ausgeht.

Weiblick: Wie hast Du Dir den Verband vorgestellt?

Gunna Bohne: Meine Vorstellungen waren die einer ganz klaren politischen Organisation.

Weiblick: Wie sollte diese aussehen?

Gunna Bohne: Ich denke, daß es ein großes Problem ist, eine feministische gesellschaftspolitische Organisation tragfähig zu halten, weil es bedeuten würde, daß ein ganz starker gemeinsamer praktischer Wille vorhanden sein muß, um in diesen

sehr schwierigen politischen Zusammenhängen reale Arbeit mit allen Konsequenzen zu leisten. Und genau das ist eben nur verbal vorhanden, wo eben der Verband hat den und den Anspruch oder die Frauen haben den und den Anspruch ist für mich eine absolute Farce geworden.

Weiblick: Ursache?

Gunna Bohne: Ich denke, daß viele Frauen den theoretischen Anspruch haben. Es sind mehrere Gründe – einmal die Erfahrung, wie stressig und aufreibend das ist, – die Feindseligkeit vieler Männer, der Besonderheiten gegenüber den Frauen mit Kindern. Die Männer haben sich alle von ihren häuslichen und privaten Pflichten entledigt und alles hintenangestellt – inklusive Ehescheidung. Das zweite ist, daß Frauen auf diesen Gebiet nicht sozialisiert sind. Ihre Öffentlichkeit ist immer über den Mann gelaufen und sie haben es verinnerlicht.

Weiblick: Frauen wollen eine vor sich abrechenbare Tätigkeit?

Gunna Bohne: Ich denke, sie wollen ein überschaubares Arreal.

Weiblick: Wirfst Du Frauen Engstirnigkeit vor?

Gunna Bohne: Wir können doch nicht einerseits zu Recht die patriarchalen Strukturen anklagen und andererseits die Folgen für Frauen davon leugnen. Wir können doch nicht mit einer verbalen Emanzipationstheorie die Folgen beistigt haben. Das ist doch Schwachsinn. Da kann ich doch nicht, wenn ich '92 die Möglichkeit habe, einen Verband zu gründen sagen, das hat die Frauen alle nicht geprägt.

Weiblick: Derzeitig befindet sich die Frauenbewegung allerorts in einer Identifikationskrise.

Gunna Bohne: Dieser Anspruch an Basisdemokratie, daß jeder Bürger, jede Bürgerin mündig seine politischen Angelegenheiten im wesentlichen selber in die Hand nimmt, das ist eine Utopie. Außerdem denke ich, daß in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ein vernünftiges Delegationsprinzip richtig ist.

Weiblick: War die Verbandsgründung ein Schritt zu weit nach vorn gewagt?

Gunna Bohne: Jedes entscheidet sich nach dem gerade vorherr-

schenden politischen Lage. Es sind Experimente, deren positiver oder negativer Verlauf sich erst im nachhinein herausstellen. Für mich ist die Entwicklung des UFV, mit allen Holpersteinen, mit allen Für und Wider ein unersetzbarer und nicht umgehbarer Erkenntnisprozeß – der Möglichkeiten und der Grenzen. Und was mich so traurig macht und was ich auch nicht mehr mitzutragen bereit bin, ist die mangelnde Bereitschaft auf diesen verbalen Grundsätzen eine sehr nüchterne, unbequeme Analyse zu machen: wo sind wir, was haben wir gewollt, was haben wir erreicht – z.B. die Mandate – nur war der Preis dafür zu hoch. Wenn wir nicht jetzt bald untersuchen, welche Möglichkeiten wir haben, dann ist es im Grunde verpufft.

Weibblich: Stellst du den UFV oder die gesamtze Frauenbewegung in Frage?

Gunna Bohne: Ich denke, nicht institutionalisierte Frauenbewegung kann man nicht beurteilen. Der Frauenverband ist für mich ein Teil der Frauenbewegung, ein wesentlicher Teil im Osten, mit einer

Chance, die die wenigsten Frauenverbände hatten.

Weibblich: Woher rührt der Widerstand der Westfrauen, dem UFV beizutreten, um gemeinsam Strategien für ein größeres Kraftpotential zu erarbeiten?

Gunna Bohne: Das ist politisch begründbar. Bei uns im Verband gab es die Grundsatzdiskussion der Wahlen oder Nichtwahlen. Die Zeit war zu knapp, als das es hätte ausdiskutiert werden können. Nach der ersten Wahl gab es schon die ersten Wahlgegnerinnen. Und vor allen Dingen auch von autonomen Frauen aus dem Osten – der Widerstand gegen Parlamente, gegen Staatsstrukturen. Wenn ein Verband sagt: „...Ich will die Hälfte der Welt ...“, dann muß er auch alle ideologisch machbaren Wege beschreiten. Das schließt den anderen Teil der Frauenbewegung nicht aus, die sagen, wir machen unseres, im Projektbereich oder im außerparlamentarischen Bereich. Mein Wunsch war es immer, diese beiden miteinander zu vereinen.

Weibblich: Welches Ergebnis würdest Du resümieren?

Gunna Bohne: Fakt ist, daß wir nichts von beiden erreicht haben. Denn wir haben weder außerparlamentarische Aktionen, noch bis auf die Einzelfrauen eine parlamentarische Aktionsfülle, noch haben wir wirkliche Autonomie.

Weibblich: Müßten nicht die „Ver Einzelungen“ ebenfalls in die „Parlamente“, um gesellschaftlichen Einfluß plus Macht zu erlangen?

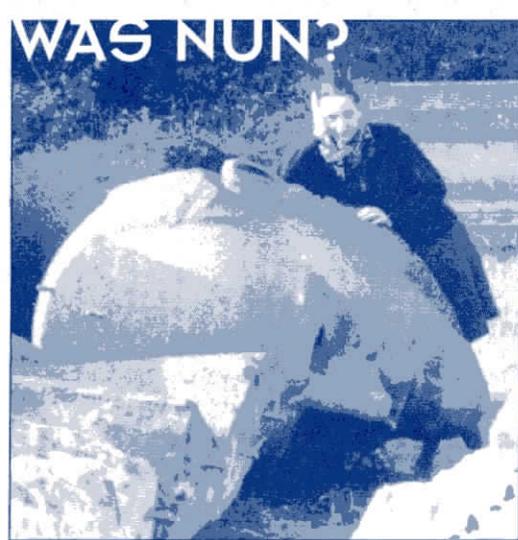
Gunna Bohne: Für mich ist nicht die Frage, daß autonome Frauen das unbedingt machen müssen, für mich ist die Frage, daß die Frauen, die die parlamentarische Arbeit für wesentlich halten – und ich gehöre zu diesen – kein Hinterland haben. Dieser Entwicklungsprozeß ist für mich und könnte für den Verband eine ganz enorme politische Lehre sein.

Weibblich: Du bist auf dem letzten Bundeskoordinierungsrat in Rostock als Sprecherin des UFV zurückgetreten.

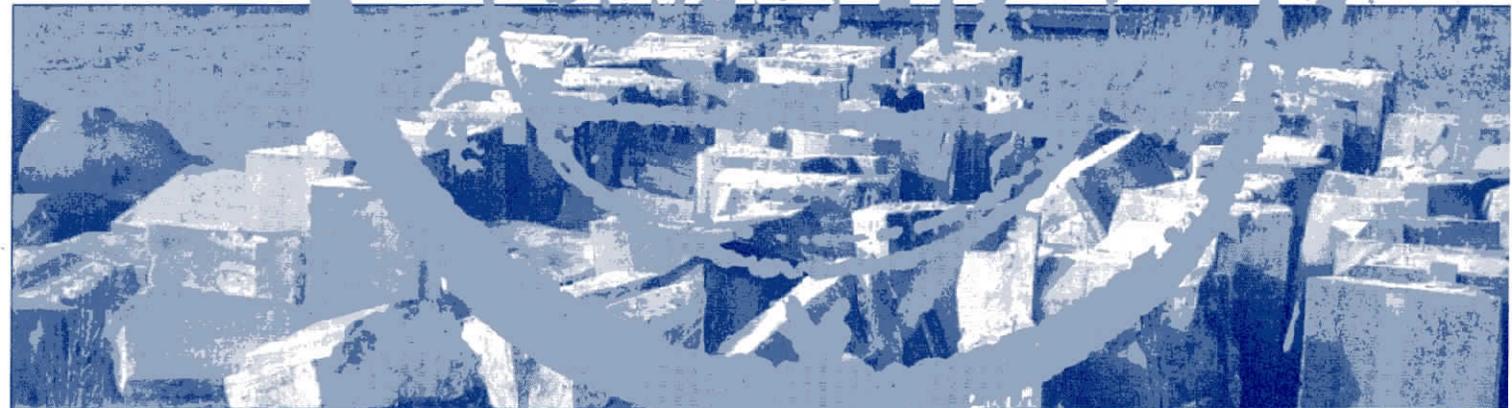
Gunna Bohne: Ja, und ich denke, wir sollten nun über unseren realen Kräfte diskutieren.

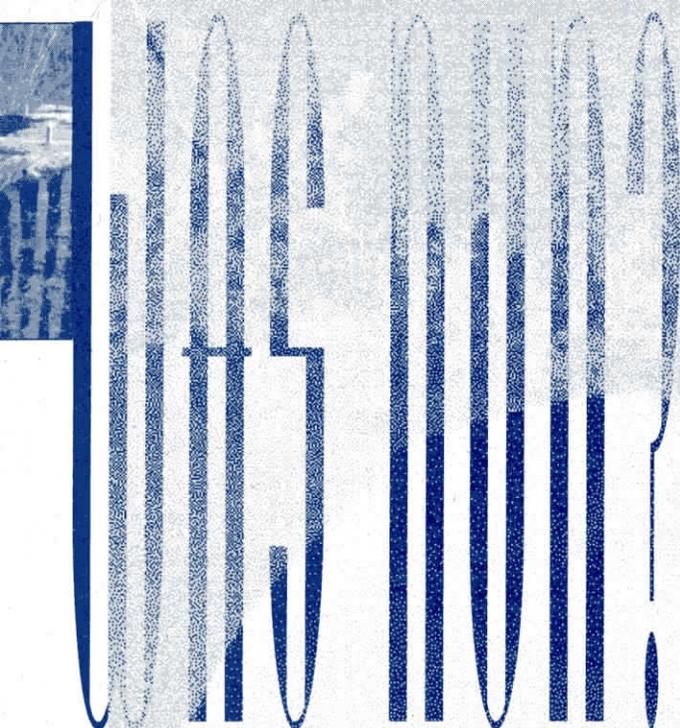
Weibblich: Ich danke Dir für dieses Gespräch.

WAS NUN?

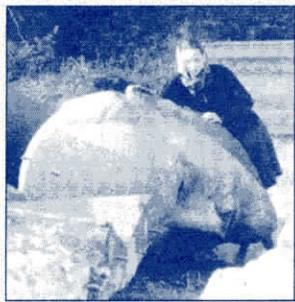


*Der an den Schlaf
der Welt
rührt... ?*





A n n e t t e M ä n n e l



Nicht alle Begründer und Wegebereiter einer Ideologie landen auf der Museumsinsel des Gundelfinger Grabsteinfabrikanten Josef Kurz. Nur jene, an deren Fuße der Mensch mit einem Kniefall als Dank für revolutionäre Theorie und Praxis zu gedenken hatte. Die Wege zur Durchsetzung der inzwischen zum Trivialmarxismus heruntergekommenen Theorien wurden gewaltsam geebnet und hatten so gar nichts mit der proklamierten Dialektik gemeinsam. Mit verordneter Einheitsmeinung an der Seite der Arbeiterklasse konnte sich jede/r am Proletkult erfreuen. Die Wirklichkeit durfte entgegen der vorherrschenden Propaganda nicht öffentlich formuliert werden. Jede/r, die sich von diesem Holzpfand entfernen wollte, wurde zum Außenseiter, mit dem diese Gesellschaft weder umgehen, noch den diese Gesellschaft tolerieren konnte, ins Abseits gestellt. In solchen Biografien sind Repressalien kein unbekanntes Wort. Und jetzt bekomme ich die Sinnkrise – schon tausendmal sind diese Vorhaltungen und Betrachtungen gelaufen, alles und nichts hat sich bis zum heutigen Tag verändert. WAS TUN?

Wie geht Ihr mit dieser Problematik um, was hat Euch beeinflusst, was hat Euch bewegt. Wie bewältigt Ihr Eure Vergangenheit und wie kommt Ihr mit und in dieser Zeit zurecht? Wir wollen miteinander ins Gespräch kommen. Deshalb faßt Euch ein Herz und schreibt es für „Weibblich“ auf.

LÄNDERBERICHTE – KURZGEFASST

BERLIN:

Berlin will in die Richtung der Öffentlichkeit, mit interessierten, aber in der Regel nicht organisierten Frauen und mit Entscheidungsträgern in Politik, Regierung und Verwaltung arbeiten. Berlin hat sich von der Idee, die Projekte zu vernetzen, verabschiedet.

Es werden in regelmäßigen Abständen Veranstaltungsreihen zu verschiedenen Themen durchgeführt, als Vorschläge stehen:

1. Koeduktion/ Erziehung
2. Europa 93
3. Typisch Ost – Typisch West
4. Frauen und Arbeitsmarkt zur Diskussion. Außerdem werden die Frauenpolitischen Tische (218, Arbeitsmarkt, Verfassung), sowie die FRAM weitergeführt. Kontakte zu Gleichstellungsbeauftragten und Abgeordneten werden aufrechterhalten und vertieft. Weiterhin sieht

sich der Berliner UFV verpflichtet, Aktionstage, wie gegen den 218, zu organisieren.

Es geht darum, Möglichkeiten zu schaffen, sich zu Themen zu verständigen, gemeinsam nach Formen politischer Artikulation zu suchen und nicht zuletzt darum, neue Formen des Miteinander zu versuchen. Dafür müssen Vollversammlungen, zweimal jährlich stattfindende Wochenendtreffen und der monatlich stattfindende Koordinierungsrat als Schnittstellen genutzt werden.

MECKLENBURG/VORPOMMERN: Seit Mitte März arbeitet der Frauenpolitische Tisch in Neubrandenburg zu davor festgelegten Themen, wie Kita in der Landtagsdebatte und Frauen in die Verfassung. Schwerin beteiligt sich am Treffen des Frauenbeirates, welches sich aus verschiedenen Parteien zusammensetzt. „Lila Netz“ startet ein 218-Seminar, bildet am 14. 4.92 einen Aktionskreis 218. Außerdem erscheint das Projekt „Lila Seiten“ als Zeitschrift monatlich. In Greifswald sind die UFV-Frauen

auf 15 Frauen geschrumpft, die Gruppe trifft sich noch monatlich und arbeitet zu Themen der Kernkraftproblematik. (Leider ist kein Artikel trotz Zusage in der Redaktion eingetroffen). Es wird engagierte Parlamentsarbeit geleistet, die sich mit dem Problem des geplanten 50% Uni-Abbaus auseinandersetzt und für das Frauenhaus streitet.

SACHSEN

DRESDEN

Der Frauenpolitische Runde Tisch arbeitet regelmäßig, leider kam auch von dieser Arbeit trotz der Bitte einer kurzen Selbstdarstellung und auf Nachfragen kein Artikel an die Redaktion. Ein Projekt der Frauenforschung existiert über Karin Reiche, der Gleichstellungsbeauftragten der TU Dresden. Im Sächsischen Frauenforum arbeiten Frauen der Frauenräte, von Fraueninitiativen- und Gruppen miteinander.

Das UFV-Länderbüro ist nach Leipzig verlegt!

Gunna Bohne ist als Landessprecherin von Sachsen zurückgetreten,

bis zur Neuwahl der Sprecherin bleibt sie kommissarisch im Amt. Conny Matzke arbeitet im Landtag zur Wohnraumpolitik, publiziert in „Briefe zur sozialen Einheit“ – Umwandlung in soziale Politik und Demokratie. In der Fraktion Bündnis 90/Grüne steht die Aufarbeitung der Staatssicherheit weiterhin im Mittelpunkt.



LEIPZIG
Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV in Koalition mit SPD. Es wurde ein Gleichstellungsausschuß gegründet. Über Dörte Junghans läuft ein Seminar zur Kommunalpolitik, Gewalt gegen Frauen, Unterschriftenaktionen für kostenlose Abgabe von

Antikonzeptiva, gegen 218
Kontakt: UFV, B.-Göring Str. 152, O-7030 Leipzig, Tel.: 3911162
Es sollen 46 Kindereinrichtungen geschlossen werden!

SACHSEN-ANHALT
Auseinandersetzungen und Reibereien unter den Frauen in Magdeburg und in Halberstadt.

HALLE:
Kontaktaufnahme zu der Bürokratie in Halle bisher gescheitert. (alle Senenungen an Kontaktadresse kommen zurück – die Red.)
MAGDEBURG:
geplante Zusammenkunft einer AG „Frauen-Politik“.
Zu den bisherigen

Bündnisgesprächen von Kathleen Behnke ein erster Eindruck: „am besten ist, Ihr tretet bei und macht bei uns die Frauenarbeit!“ ... „Na, Dankeschön, so wird es nicht laufen. Nebenbei habe ich eine Vision, daß alle Frauen, die sich in den einzelnen Parteien mehr oder weniger

erfolgreich für die Belange von Frauen einsetzen, zu uns absetzen werden ...“

Mitte Mai findet eine Arbeitsmarktkonferenz statt. Außerdem soll mit den Frauen der Landesverbände der GRÜNEN LSA und Niedersachsen, vom B`90, dem UFV für Oktober eine Landesfrauenkonferenz mit den Schwerpunkten: Arbeitsmarkt, Gewalt gegen Frauen, Städtebau und Öffentlicher Nahverkehr in M. organisiert werden.

Im Landtag schreit die Frauenfeindlichkeit der CDU-Riege den Frauen offen ins Gesicht, im Mai wird dem Parlament eine Beschlussempfehlung zum Verhalten der Landesregierung im Bundesrat bei der 218-Debatte vorgelegt.

Über das Landesgleichstellungsgesetz wird noch immer nicht beraten. Kathleen Behnke und Karla Schulze haben einen Arbeitskreis „Wirtschaft und Soziales“ angeregt, es wird mit den GRÜNEN und allen Interessierten beraten. Zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wurden einige Anfragten gestellt, die noch auszuwerten sind – und dann geht`s WEITER.

Andrea Wuerth

FRAU IN AMERIKA

Die Frage, ob es noch eine Frauenbewegung gibt, wird auch in Amerika gestellt. Mit der konservativen Wende 1980, der Anfang der sogenannten „Reagan Ära“, waren die Errungenschaften der Frauenbewegung vom Recht zur Abtreibung zu Antidiskriminierungsmaßnahmen und Quoten wieder stark bedroht. Radikale Rechtsgruppen, wie die vom Fernsehprediger Jerry Falwell geleitete und selbsternannte „Moral Majority“ und die Anti-Abtreibungsgruppen, die sogenannten „Right-to-Lifers“, fanden einen Platz in der „mainstream“ Politik. Nach dem Aktivismus der 60er und 70er Jahren und der Anfang der Institutionalisierung des Feminismus, ist jetzt die Rede von einem „Backlash“ – einer Gegenreaktion. Die sogenannte zweite Welle des Feminismus, wie die Bürgerrechts-



bewegung, die einen starken Einfluß auf die feministische Bewegung hatte, machte von Anfang an die Einführung der Gleichstellung zu einer ihrer Hauptforderungen. Obwohl der Civil Rights Act schon 1963 die Diskriminierung auch auf Grund des Geschlechtes verbot, mußten Frauen ihre Rechte durch individuelle Prozesse und größere Protestaktionen einklagen. Als ich mein Studium Anfang der 80er Jahre an der University of Virginia begann, lernte ich, daß an dieser Universität – die bekannteste Universität in diesem Bundesstaat – Frauen (und

Schwarze) erst 1971 zum ersten Mal aufgenommen! Auch andere staatliche Universitäten, hauptsächlich in den Südstaaten, ließen Frauen und Minderheiten erst in den 70er Jahren nach heftigem Protest und Eingriff der Bundesregierung zu.

Während Feministinnen, die feministische Wissenschaft, die sogenannte „women's studies“, langsam an Akzeptanz in den 70er Jahren gewannen, wurden sie in den 80er Jahren immer mehr bedroht. An der Uni konnte ich dieses in Bemerkungen über Quotenfrauen und den Widerstand von den Fakultäten mehr Frauen zu nehmen als sie mußten, bemerken. In meinen Seminaren höre ich, wie Studentinnen sich nicht als Feministinnen bezeichnen wollten, auch wenn sie ihren Studienplatz, als Errungenschaft der Frauenbewegung, wahrnehmen und positiv bewerten. Feministinnen, die schon seit den 60er Jahren dabei sind, wie auch eine Reihe von den „Neuen“, versuchen die Reaktion der 80er als eine direkte Folge des Fortschrittes der Frauenbewegung zu erklären. Susan Faludi analysiert in ihrem

neuerschienenen Bestseller „Backlash: The Undeclared War against American Women“ die Tendenzen in Kultur und Politik des letzten Jahrzehnts. Sie setzt Beispiel an Beispiel und Statistik an Statistik aneinander, um zu illustrieren, wie Politik zusammen mit der kritischen Rolle der Massenmedien eine Offensive gegen die Errungenschaften der Frauenbewegung geführt haben bzw. noch führen. Ihr Hauptangriffspunkt ist die sexuellbefreite, finanziell-unabhängige „Karrierefrau“.

Gloria Steinem, die bekannteste Aktivistin der ersten Stunde, hat sich jetzt ebenfalls zu diesem Thema ausgesprochen.



chen. Ihr neues Buch, „**Revolution from Within**“, ist zur gleichen Zeit wie Faludi's „Backlash“ ganz oben auf der Bestsellerliste gelandet. Steinem, zuerst überrascht vom Erfolg des Buches, wertet den Erfolg als Bestätigung ihrer These, da heute ein breites Fundament für Feminismus vorhanden ist, sie die Transformation erkannt hat. Mit ihrer Idee, daß das Ziel der Politik die Verbesserung des Selbstbewußtseins von Mann und Frau sein sollte, formuliert sie einen populistischen Appell, der schon immer in inner- und außerhalb feministischer Kreise zu Kontroversen führte.

Kerstin Herbst

REIN ALS DIPLOM-
INGENIEURIN – RAUS
ALS RENOGEHILFIN

Auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich gegenwärtig ein von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommener Prozeß, der dennoch erhebliche Auswirkungen hat: Frauen verlieren ihre beruflichen Qualifikationen oder werden gar dequalifiziert. Die Absenkung der 90%igen DDR-Frauenerwerbsquote auf die deutlich niedrigere BRD-Quote vollzieht sich nicht unbedingt auf einen Schlag, sondern sukzessive und facettenreich: Männer drängen nun in DDR-typische Frauenbeschäftigungsbereiche, z.B. bei Banken und Versicherungen. Frauen, also Facharbeiterinnen und Ingenieurinnen, werden ganz nach westdeutschem Muster aus gewerblich-technischen Bereichen verdrängt. Auch andere zukunftssträchtige Branchen wie das Handwerk oder die Baubranche sollen forthin ganz unter Männern

allein aufgeteilt werden. Ab 1993 drohen sogar **Beschäftigungsverbote** ostdeutsche Frauen, beispielsweise im Bauhauptgewerbe, wie dies im Westen seit der berühmten Arbeitszeitverkürzung aus dem Jahre 1938 der Fall ist. Kein Bedarf also für qualifizierte Zimmerfrauen oder Maurerinnen?

Während diese klassischen Verdrängungsprozesse der ostdeutschen Frauen bekannt sind und von einer lauten, wenngleich auch hilflosen Öffentlichkeit begleitet werden, vollzieht sich ein zweite Prozeß sehr viel leiser und subtiler. Gemeint ist der Dequalifizierungsprozeß der Frauen aus den östlichen Bezirken, die sich zwar mit großem Beharrungsvermögen noch nicht an den heimischen Herd haben abdrängen lassen, dies jedoch fast durchgängig mit einem Verlust an beruflicher Qualifikation bezahlen müssen. Gemeint sind hier die Elektrotechnikerin, die nach einem dreimonatigen EDV-Schnellkurs als Bürogehilfin unterkommt, oder die Bauingenieurin, die eine – vom Arbeitsamt finanzierte – Umschulung als Arzthelferin beginnt: staatlich geförder-

te Dequalifizierung für „frauen-gerechte“ Einsatzbereiche.

Als halbqualifizierte oder angelegerte Arbeitnehmerinnen sind sie weiterhin von Arbeitslosigkeit bedroht – mit der Aussicht, doch noch am Herd zu landen.

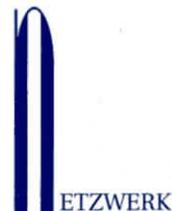
Und wenn ABM nicht – entgegen dem politischen Willen der Bundeszentrale für Arbeit – bis zur Stabilisierung der Projekte am Markt weitergeführt werden, dann wird zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren ein Teil der sozial-kulturellen Infrastruktur zusammenbrechen. Unsere politische Forderung ist die nach einem Strukturentwicklungskonzept für das gesamte Beitrittsgebiet. Das Qualifikationspotential der hier lebenden Männer und Frauen ist dabei ein Fundus, auf dem aufzubauen ist.

Zu dieser Thematik hat sich in Berlin die Arbeitsgruppe „FRAM“ – Frauen und Arbeitsmarkt gebildet.

Kontakt:

c/o Haus der Demokratie,
UFV,
Sibyll Klotz,
Friedrichstr. 165, O - 1080 Berlin,
Zi.: 405, Tel.: 22 91 685

Eva Maleck-Lewy



Seit mehreren Jahren gibt es in der alten Bundesrepublik die Tendenz, daß sich Frauen einzelner Fachgebiete innerhalb ihrer wissenschaftlichen Disziplinen vernetzen und innerhalb ihrer berufsständischen Organisationen eigene Frauen-sektionen gegründet haben. Am bekanntesten in den neuen Bundesländern ist hier vielleicht der Zusammenschluß der historisch arbeitenden Frauen bzw. die Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. So führen die Soziologinnen z.B. eigene Tagungen zur Frauenforschung auf ihrem Gebiet durch und geben seit Jahren regelmäßig einen Rundbrief heraus, der über Forschungsschwerpunkte, Tagungen, Stellenausschreibungen und vieles mehr informiert. Nichts dergleichen gab es bisher auf

dem Gebiet der Politikwissenschaft. Deshalb haben sich jetzt Politologinnen zusammengefunden, die die Vorbereitung eines Zusammenschlusses von Frauen auch dieser Wissenschaftsdisziplin initiiert haben. Ziel des Zusammenschlusses ist es, feministische Forschung auch in dieser Disziplin zu unterstützen, anzuregen und einen besseren Austausch der Forscherinnen untereinander zu ermöglichen. Für die Politologinnen gibt es auf diesem Wege jedoch eine Reihe von besonderen Schwierigkeiten. Zum einen gab es bisher sehr wenig Frauen, die im Rahmen der Politikwissenschaft feministisch arbeiten. Und zum anderen ist es nur sehr wenigen Frauen mit einem politikwissenschaftlichen Abschluß gelungen, innerhalb des Wissenschaftsbetriebes eine feste Stellung zu finden. Die meisten dieser Absolventinnen arbeiten beruflich auf anderen Gebieten, wie zum Beispiel in den Verwaltungen, Medien, in autonomen Frauenforschungszusammenhängen oder sind in der Frauenbewegung aktiv. Deshalb haben die Initiatorinnen,

die eine Vernetzung der politikwissenschaftlich arbeitenden Frauen anstreben, sich ein Modell erarbeitet, daß diesen besonderen Bedingungen Rechnung trägt und welches im folgenden vorgestellt werden soll. Grundidee ist, sowohl die im strengeren Sinne politikwissenschaftlich arbeitenden Frauen, als auch die Frauen, die sich mit Frauenpolitik, Frauenbewegung, Politik auf verschiedenen Gebieten usw. beschäftigen bzw. hier ein Interesse haben zu erreichen und zu vernetzen. Um diese Zielstellung zu erreichen,

wurde folgendes Modell entworfen und auf



einem Meeting während der DVPW-Tagung im Oktober 1991 in Hannover von ca. 150 Frauen diskutiert und verabschiedet.

1. Beschlossen wurde die Gründung eines Netzwerks „Frauen in politikwissenschaftlicher Forschung und Praxis“. Das Netzwerk dient dem inhaltlichen und organisatorischen Austausch zwischen Politikwissenschaftlerinnen innerhalb und außerhalb der Hochschulen und wendet sich vor allem auch an die Frauen, die in der Frauenbewegung, in Frauenforschungszusammenhängen, Frauenzentren usw. an Politik und politikwissenschaftlichen Fragestellungen interessiert sind und/oder auf diesem Gebiet arbeiten. Durch das Netzwerk sollen Strukturen aufgebaut werden, die uns Zugang zu Informationen über Tagungen, Gelder, freierwerdende Stellen, Forschungsfelder und Publikationsmöglichkeiten



verschaffen. Diskriminierungserfahrungen sollen erfaßt sowie durch stärkere Vernetzung die politische Handlungsfähigkeit erhöht und Öffentlichkeit hergestellt werden. Die Struktur des Netzwerkes soll dezentral sein.

Fürs erste hat sich eine Berliner Gruppe von politisch und politologisch arbeitenden Frauen bereit erklärt, dieses Netzwerk aufzubauen. Diese Gruppe plant die Erstellung einer Kartei mit Adressen und Arbeitsfeldern von Frauen, Projekten und Initiativen und die Herausgabe eines zweimal im Jahr erscheinenden Rundbriefs. Diese Gruppe besteht zur Zeit aus den Frauen Petra Schäfer, Elke Biester, Sabine Lang, Brigitte Geißel (alle Berlin West) und Ursula Sillge (Berlin Ost). Der erste Rundbrief erschien bereits Ende Februar 1992.

2. Neben dem Netzwerk wurde eine AG „Politik und Geschlecht“ innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft gegründet. Ziel dieser AG ist es, etwas zu tun, um die feministisch-politologische Forschung innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung und ihrer

berufsständischen Organisation, der DVPW aus ihrem bisher randständigen Dasein herauszuführen. In Hannover wurde hierzu eine erste Tagung unter dem Thema „Staat aus feministischer Sicht“ durchgeführt, die hervorragend besucht war und auf der eine sehr spannende Diskussion geführt wurde. Im ersten Rundbrief wurden die Referate dieser Tagung veröffentlicht, so daß sie einem breiten Kreis von Frauen zugänglich gemacht sind.

In Hannover wurde der erste Sprecherinnenrat der AG für zwei Jahre gewählt. Ihm gehören sechs Frauen (B. Holland-Cunz, A.Ruf/Frankfurt a.M.; B. Sauer, E. Biester/ Berlin West; E. Maleck-Lewy/Berlin Ost, Ch. Landfried/Hamburg) an. Der Sprecherinnenrat ist für die Organisation und Finanzierungsbeschaffung der Tagungen, geplant sind zwei pro Jahr, zuständig, stellt Kontakte zu vergleichbaren Organisationen in anderen Ländern her und kooperiert mit dem Netzwerk. Die Sprecherinnen versuchen Einfluß auf sexistische Strukturen und Verhaltensweisen innerhalb der „scientific community“ zu nehmen und

gehen gegebenenfalls an die Öffentlichkeit. (Erste Aktivitäten hierzu sind bereits erfolgt. Siehe hierzu erster Rundbrief)

Die meisten Frauen, die sich bisher für die Vernetzung ausgesprochen haben, haben sowohl ihr Interesse an der AG, als auch am Netzwerk bekundet. Es ist aber auch möglich sich für nur eine der beiden Strukturelemente zu entscheiden. Alle wichtigen Informationen über Aktivitäten, Tagungen, Ausschreibungen, Projekte u.a. sind jedoch vor allem über den Rundbrief zu erfahren.

Die Abonnementkosten für den Rundbrief sind für das Jahresabonnement von 20,- DM zu entrichten an: Birgit Sauer, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto Nr. 92 016 71 52, Stichwort: Rundbrief. Spenden sind willkommen.

Kontakt:

c/o Elke Biester, Otto-Suhr-Institut, Ihnestraße 21, W - 1000 Berlin 33.

Termine: Berlin, 12.6.-14.6.92: „Zur feministischen-politologischen Neubestimmung und Gleichstellungspolitik“, Kontakt: s.o.

*Shelly Berlowitz,
Gabriele Brodmann,
Christina Thürmer-Rohr,
Ruth Zingg-Meier*

IE POLITISIERUNG DER SORGE

Die folgenden Gedanken zu Problemen feministischer Ethik basieren auf einem Seminarzyklus in der Villa Cassandra im Laufe des Jahres 1991. Unsere Diskussionen waren beeinflusst und beunruhigt durch die aktuellen überregionalen politischen Entwicklungen in Ost-Europa, durch die deutsch-deutsche Vereinigung, den Golfkrieg, den Zusammenbruch kommunistischer Macht und sozialistischer Ideologie. Angesichts der Weltlage sieht es so aus, als eien feministische Fragen von letztrangigem Interesse. Kann der westliche Feminismus irgendetwas beitragen zum Nachdenken und Handeln in einer weltpolitischen Lage, deren Symptom millionenfache Flüchtlingsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Industrienationen und rassistische Gewalt in den Ländern der Festung Europa sind? Die Probleme arm-reich, schwarz-weiß, Süd-Nord, AusländerInnen-InländerInnen, solche weltweiten und nicht nur regionalen Widersprüche, waren und sind die Fragen feministischer Politik? Ist das Fehlen westfeministischer Stimmen in den letzten zwei Jahren auf reale Machtlosigkeit zurückzuführen? Oder schweigen Westfeministinnen, weil ihr gewohntes Denkinstrumentarium versagt, nicht mehr greift, sich als zu eng, zu provinziell erweist?

Der Westfeminismus wurde in den letzten Jahren verstärkt konfrontiert mit der Kritik von Frauen anderer Kulturen und Gesellschaften, von Immigrantinnen, Schwarzen und Jüdinnen, die den westlichen, weißen, christlichen Frauen die Grenzen ihrer Sicht formulierten. Der westliche Feminismus wurde konfrontiert mit der Tatsache, in Teile des gleichen Herrschaftssystems, das Gegenstand feministischer Kritik sein soll, selbst zutiefst verstrickt zu sein, nämlich in den westlichen Kapitalismus und Ethnizismus. Die Bindungen an dieses System, die eigene Zugehörigkeit und Interiertheit, wurden sichtbarer, als sie es im Zustand der Grenzen und Mauern noch waren. Feministinnen, die sich als Oppositionelle, als Dissidentinnen und AbwechlerInnen verstanden haben (oder verstehen), sahen sich gesehen als das, was sie nicht sein wollen oder nicht zu sein meinen, als Repräsentantinnen des Herrschaftssystems der Ersten Welt, als Vertreterinnen oder Nutznießerinnen von Macht, als weiße Frau des weißen Mannes. Es ließ sich nicht verheimlichen, daß die Frauenbewegung (West) dem Bewertungssystem der eigenen Kultur näher steht als den Schwestern anderer Kulturen, Religionen, Hautfarbe und Gesellschaften: Es wurde deutlich, daß die feministische Herrschaftskritik enge Grenzen hat, daß sie über die Ränder des eigenen Erfahrungsbereiches wenig hinausblickt, daß sie das Herrschaftsproblem lokalisiert primär in der sexistischen Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen: ein Herrschaftsverständnis, das vorrangig das interkulturelle Geschlechterverhältnis Weißer Mann – Weiße Frau sieht und gleichzeitig diese Analyse meist unausgesprochen über-

trägt auf andere Kulturen. Ein Verständnis, das die Herrschaft ignoriert, die die eigene Kultur und Gesellschaft zum Zwecke eigener Bereicherung, Macht- und Wohlstandssicherung gegenüber alten und neuen Kolonien ausübt sowie gegenüber „Fremden“ im eigenen Land. Daß der westliche Feminismus ethnozentrisch ist, ist dabei wohl nicht der wesentliche Punkt der Kritik, denn alle unsere Denk- und Handlungsmöglichkeiten sind zunächst gebunden an die Kultur, in der wir zu denken und handeln gelernt haben. Die Kritik betrifft vielmehr die Nachlässigkeit, die Interessenlosigkeit, den Unwillen oder die Unfähigkeit, die eigenen kulturellen Hintergründe und Grenzen klar zu benennen. Für uns weiße westliche Feministinnen reicht es nicht aus, die eigenen kulturellen Bindungen als ethnozentrische Beschränkungen zu bezeichnen. Wir müssen sie zugleich als eurozentrische Prägungen begreifen, die belastet sind mit undurchschauten Herrschaftsgewohnheiten der europäischen Geschichte. Auch der westliche Feminismus neigt dazu, Erfahrungen, Schlußfolgerungen, Analysen zu universalisieren, die dem eigenen kulturellen oder persönlichen Horizont entstammen. Zu meinen, die Vorstellungen des westlichen Feminismus seien über die eigenen kulturellen Lebensbedingungen hinaus uneingeschränkt gültig, Herrschaft und Gewalt von Männern gegenüber Frauen seien Prototypen von Herrschaft überhaupt, „Frau“ sei gleichzusetzen mit weißer westlicher Frau. Die Frauenbewegung neigt außerdem zum kulturellen Insulanertum, zur Abschottung in den eigenen Denkgewohnheiten und Handlungsbahnen, zu der bornierten Vorstellung: „Wir sind die Welt“. Nichts

anderes als die eigene Kultur zu brauchen, unabhängig und zusammenhanglos auf der Welt meinen existieren zu können, auch dies ist ein Symptom eurozentrischer Orientierung. Es bedarf einer Herrschaftskritik, die viel umfassender sein müßte, als sie der Westfeminismus bisher geleistet hat. Wir gehören einem System an – weiß, euro-amerikanisch, kapitalistisch – das erst-rangig verantwortlich ist für die Gefährdung, Demütigung und Zerstörung anderer Kulturen, von Natur und Naturressourcen, von Gesundheit, menschlicher Würde und zukünftiger Existenz auf diesem Planeten. **Die Erde braucht die Sorge der Menschen. Menschen dieser zerstörerischen Zivilisation brauchen die Fähigkeit zur Sorge.** Wenn wir es ernst meinen mit einer feministischen Herrschaftskritik, müssen wir uns um mehr sorgen, als um unsere Autonomie und Unabhängigkeit vom Mann und unsere persönliche Existenz in dieser Kultur. Die Fragen, die sich hier stellen, sind Fragen **feministischer Ethik**: Fragen nach Werten, an denen sich politisches und persönliches Handeln orientieren kann. Wir versuchen uns diesen anzunähern über das Phänomen der „Sorge“. Das Wort Sorge drückt zwei Hauptbedeutungen aus – einen von Angst und Unruhe geprägten Gefühlszustand und ein auf Veränderung zielendes Handeln – und taucht in vielfältigen Formen auf: sich Sorgen machen, sich sorgen um, sorgen für, Sorge tragen, sorgfältig umgehen, vorsorgen, besorgen, versorgen. Diese Worte drücken aus, daß wir nicht allein auf der Welt sind und auf Andere und Anderes bezogen leben können. Sorge ist eine Haltung der Verantwortlichkeit gegenüber Anderen, heißt Nicht-Gleichgültigkeit und Beunruhigung

darüber, was mit Anderen und Anderem geschieht. Das Phänomen der Sorge, das uns interessiert ist nicht ein diffuses Gefühl von Bedrückung – die „milde Depressivität der Mittelklasse“ –, sondern ist eine aktive Entscheidung mit sehr konkreten Konsequenzen, das Bewußtsein, für die Besorgnis erregenden Zustände zuständig zu sein.

„Frauen müssen lernen, die Verantwortung auch für jene Formen der Unterdrückung zu übernehmen, welche uns nicht unbedingt persönlich betreffen.“ Diese Forderung stellt die schwarze amerikanische Feministin bell hooks an die Adresse weißer Frauen. Können wir das? Damit solche Forderungen nicht nur postulativ bleiben, sich nicht ablösen von den Angesprochenen, ihrer kulturellen Geschichte, ihrer Lebenspraxis, wollen wir versuchen an das anzuknüpfen, was weiße Frauen mitbringen und nicht mitbringen, was sie geworden sind und was sie sein können. Wie ist das moralische Rüstzeug beschaffen, das unsere Kultur ihren Frauen traditionellerweise mitgibt? Enthält es Fähigkeiten, über die Grenzen persönlicher Betroffenheit hinaus zu handeln?

Der geschlechtlichen Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft entspricht ein zweigeschlechtliches Moralsystem mit den bekannten Zuweisungen an die Frauen: Zuständigkeit für Mitmenschliches, Nähe zu Lebendigem und all die schönen Qualitäten wie Mitgefühl, Empathie, Fürsorglichkeit. Eingeschlossen ist die Behauptung, Frauen seien im Besitz vernetzten Denkens, der Fähigkeit, situationsangemessen zu handeln, Dinge und Menschen jeweils neu in Beziehung zueinander zu sehen, zu berücksichtigen, ob diese einander brauchen, zueinander passen, sich

lieben, stören, schädigen, verletzen. Die diesen Zuweisungen entsprechenden Verhaltensweisen von Frauen werden von Carol Gilligan als Ausdruck einer Ethik der Anteilnahme, als Care-Ethik bezeichnet (von Englisch: to care. Wir verwenden „Caring“ oder verdeutscht „caren“ für das beziehungsorientierte, den „weiblichen“ Zuweisungen entsprechenden Verhalten). Ihr Gegenstück ist die männliche Ethik der Gerechtigkeit, die Fairness-Ethik auf situationsunabhängigen, statischen, prinzipiellen Postulaten, wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit. Während Gilligan die empirisch beobachteten, getrennt funktionierenden Moralarientierungen von Frauen und Männern nebeneinander stellt, gehen wir davon aus, daß Fairness und Care einander in einem hierarchischen Verhältnis ergänzen, zusammen ein System bilden. Die männliche Prinzipienmoral setzt die weibliche Beziehungsmoral voraus. Unsere Frage ist nun, inwieweit Frauen in diesem System der Geschlechterideologie Fähigkeiten und Motive haben entwickeln können, um in ihre Sorge diejenigen einzuschließen, die den weißen Bewertungsmaßstäben nicht entsprechen. Müßte nicht das gelernte Care-Verhalten es ihnen ermöglichen, auf Fremde und Fremdes anders zu reagieren als mit Abwehr, Abwertung und Ausgrenzung? Anscheinend nicht. Warum wird das Care-Verhalten nicht auf die Weltfamilie übertragen? Das Caring ist offenbar eine weibliche Mitgift, die nicht einmal im eigenen sozialen Umfeld gleich verteilt wird. Es folgt den Regeln der Macht. Die weibliche Anteilnahme schafft und sichert Verbundenheit allenfalls zwischen Menschen im Nahbereich, zumeist aber Distanz und

Abgrenzung zu allem Fremden. Eine richtige Frau, die der Norm dieser Moral entspricht, macht das folgendermaßen: Wenn ich dich nicht kenne oder dich nicht mag, care ich nicht für dich. Wenn ich dich nicht leiden kann und trotzdem für dich care, dann gehörst du höchstwahrscheinlich zu meiner Familie. Wenn du ein Mann bist, care ich für dich, weil du so wichtig bist. Ich care auch für dich, wenn du dich ekelhaft verhältst. Ich tue dann einfach so, als hätte ich das unschuldige Kind im Manne vor mir. Ich care überhaupt am liebsten und am besten für Unschuldige. Wenn du eine Frau bist und ich für dich caren soll, mußt du das Gleiche für mich tun. Wenn du mich enttäuschst und nicht mehr anrufst, rufe ich dich auch nicht mehr an. Wenn du mich kritisierst, bin ich beleidigt. Bist du aber mein Kind, care ich für dich, auch wenn ich nicht direkt etwas davon habe. Ich denke viel darüber nach, wie ich meine Sache gut machen kann, damit du glücklich bist, auch wenn ich nicht mehr lebe.

Ein Caring, das die Norm befolgt, braucht somit ein konkretes, sichtbares, faßbares, vertrautes Gegenüber. Es braucht Sympathie bzw. einen sozialen Verbund, z.B. eine Familie, die durch ein Sympathie-Soll zusammengehalten wird, auch dann noch, wenn die verbindenden Gefühle längst abgestorben sind. Der Mann kommt in den Genuß das weibliche Caring ohne Bedingung, ohne Forderung nach Gegenseitigkeit. Als Mann steht ihm das Caring zu, egal wie er sich verhält. Anders das Caring der Frauen untereinander. Die Frau darf sich nicht erlauben, das Caring einer anderen Frau nur entgegenzunehmen. Sie muß die entsprechende Gegenleistung, die Ausgleichsleistung erbringen, sofern

sie die Zuwendung nicht gefährden will. In einem Fall nur ist das weibliche Caring auf mehr als aufs Heute und Nahe gerichtet und nicht allein determiniert durch die Geschlechterhierarchie, nämlich im Caring gegenüber Kindern. Dieses kann zukünftige Ziele einschließen, kann auf Gegenseitigkeit, Gegenleistung und Austausch verzichten, kann Entfernungen überwinden, hat eine Perspektive im Auge, die auch die Zukunft bedenkt, Voraussetzungen also auch für das spätere und fernere Wohl eines Menschen schaffen will. Dieses Caring kann auch dann praktiziert werden, wenn das Kind nicht mehr entspricht, sich Normen widersetzt, sich schuldig gemacht hat.

Dennoch gelingt weibliche Anteilnahme am besten gegenüber Unschuldigen, bzw. unschuldig Wahrgenommenen. Caring kann sich uneingeschränkt entfalten, wenn das Gegenüber ein totales Opfer, ein völlig wehrloses, ganz unbeeiligt und ganz und gar leidendes Opfer ist. So ist es kein Zufall, daß es ein Vogel, nicht aber ein menschliches Opfer war, ein ölverschmutzter Kormoran von der Saudiarabischen Küste, der während des Golfkrieges bei vielen die spontansten Reaktionen der Erschütterung auslöste, sozusagen zum Symbol des erlittenen Unrechts und Wahnsinns wurde. Ist das Opfer jedoch handlungs- und damit potentiell schuldigfähig, vermindert sich die weibliche Care-Bereitschaft. Ist das Care-Objekt nun gar kein Opfer, sondern ein Täter im Nahbereich, arbeitet die Frau immer wieder erfindungsreich daran, zu entlasten und zu entschulden, um den Weg zum eigenen Caring frei zu machen. Sie verweigert dieses auch dann nicht, wenn der Mann sich ihres Mitgeföhls unwürdig erweist.

Vielmehr macht sie ihn in einem kreativen Verwandlungsakt erst care-würdig – in ihrer Wahrnehmung und in seiner Selbstwahrnehmung. Der Mann als Care-Objekt erfährt so seine ständige Entschuldung, Reinwaschung und Erneuerung, ein unentbehrlicher und sehr effektiver Beitrag zur patriarchalen Ordnung: die Täterschaft wird unkenntlich gemacht, die Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau werden scheinbar nivelliert oder umgekehrt. Im Ergebnis bleibt alles beim Alten: die Frau kann ihren Part erfüllen und der Mann geht gestärkt und beruhigt als dieser Inszenierung hervor.

Im gleichgeschlechtlichen Caring gilt der Schutz dieser beschriebenen Grundregel der Macht nicht: nahestehende Frauen, die sich als care-unwürdig erweisen, müssen nicht entschuldigt, nicht zu guten Opfern gemacht werden, sondern sie werden aus dem Sympathiekreis entlassen. Dasselbe wird Frauen und Männern angetan, die nicht im Besitz gesellschaftlicher Macht sind, Menschen aus anderen Kulturen, Fremden, Anderen, die einen gleichberechtigten Platz in unserer Gesellschaft fordern, sich aber nicht verhalten wie passive und dankbare Opfer.

Ein so funktionierendes Caring ist ein Protobeispiel aus der Alltagspraxis patriarchaler Machtssicherung und Machtvernebelung. Fragen wir also nach der gesellschaftlichen Funktion des weiblichen Caring im Rahmen gegebener Machtkonstellationen, dann wäre die feministische Schlußfolgerung, dieses vollständig und schnellstens auf den Müllhaufen kultureller Altlasten zu entsorgen. Ist das alles? Ja. Dennoch sind wir nicht bereit, das über Bord zu werfen, was den Kern des

Phänomens ausmacht, nämlich eine Fähigkeit zur Mitmenschlichkeit, die Sorge. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß wir sie aus ihrer Funktionalisierung und Vereinnahmung für Herrschaft herauslösen. Das zu tun ist unserer Verantwortung. Dies kann uns befreien von einem historischen Zwang, der die mitmenschlichen Kräfte von Frauen aufgefressen hat, das mitmenschliche Potential eines ganzen Geschlechts geraubt hat zur Stützung weißer Herrschaft. Das hat uns unmenschlich gemacht. Unmenschlich, weil wir unsere Sorge entsprechend der weißen Wertehierarchie verteilen, dosieren, verweigern und dadurch mit bestem Gewissen und hartnäckigem Unwissen die verdeckte Vernichtungsmaschinerie in Gang halten helfen. Zunächst bedeutet Sorge, daß Andere wahrgenommen werden und im eigenen Denken anwesend sein können. In der Sorge nimmt die Existenz der Anderen Raum und Zeit in Mir ein. Diese grundlegende menschliche Fähigkeit gilt es zu politisieren. Politisierung der Sorge heißt, aktiv und bewußt Einfluß darauf zu nehmen, wer in unserem Denken anwesend ist, auf wen und was sich unsere Sorge richtet; heißt, die bestehende Wertehierarchie zurückzuweisen, der gemäß ausgegrenzte, diskriminierte, unterdrückte, dominierte Gruppen nicht der Sorge wert erachtet werden. Politisierung der Sorge heißt nicht, eine Rangliste der Opfer dieses Systems zu erstellen, nach der dem Opfer auf dem Spitzenplatz die meiste Sorge zukäme. Das beruhigt allenfalls das Gewissen, ändert aber nichts am Unrecht, verstärkt es vielmehr noch, denn Herrschaft äußert sich auch darin, daß die durch sie Geschädigten auf ihre Opferrolle reduziert

und zu Objekten des Mitleids gemacht werden. Auch das Aufsuchen des ideologischen Fremden, des räumlich und zeitlich Fernen bleibt geistiger Tourismus, intellektuelle Expansion und seelisches Schmarotzertum, solange es „sorglos“ und zur bloßen multikulturellen Bereicherung betrieben wird. Sorge umfaßt die Beschäftigung mit denen, die Unrecht tun, mit denen, die das Unrecht trifft und mit den Taten, die Unrecht herstellen. Wir müssen dieses Unrecht, seine Produktion und seine Auswirkungen innerhalb und außerhalb unseres ideologischen, räumlichen und zeitlichen Horizontes kennen und begreifen wollen, um es angreifen zu können. Ein Ausdruck politisierter Sorge wäre es also, uns nicht nur mit den Taten der Täter im Bett und auf den Straßen zu befassen, sondern auch mit den Taten der Täter in den Chefetagen und in den politischen Machtzentren (letzteres haben wir bisher gern arbeitsteilig den Linken überlassen). Die „Ehe“ mit dem weißen Mann ist noch nicht aufgelöst durch private Trennung oder Distanz, sondern besteht fort durch unsere Einbindung in ein ausbeuterisches Wirtschaftssystem und eine ethnozentrische Ideologie. Diese Bindung privilegiert uns durch Profit am Wohlstand, durch Zugang zu und Teilhabe an Macht. Diese Privilegien müssen wir erkennen und nutzen. Fällig sind nicht weitere Manifestationen unserer Handlungsfähigkeit, sondern unsere Qualifizierung und Selbstqualifizierung, um Entsetzen und Kritik an der kolonialen Geschichte und an neokolonialen Verbrechen unserer Finanz-, Wirtschafts- und Waffenpolitik artikulieren und tragen, um Verantwortliche beim Namen nennen zu können. So verstehen wir die gegenwärtigen Akti-

vitäten der Frauenkoalition IWF-Referendum als ein aktuelles Beispiel politisierter Sorge: Analysieren von IWF/Weltbank-, Unesco-, WHO-Papieren, Auswerten von Statistiken, Suche nach Studien, die die Auswirkungen der jetzigen Verschuldungskrise aufzeigen – in der Dritten Welt, und speziell auf Frauen, Kinder, Alte und kranke Menschen – Gespräche mit KennerInnen der Verhältnisse an Ort und Stelle und Veröffentlichung der Ergebnisse in Medien und Veranstaltungen. Das Bereitstellen von Argumenten gegen die IWF- und Weltbankpolitik ist ein konkreter Versuch, Spielraum von Wirtschaftstätern einzuschränken. Ein anderer Ausdruck politisierter Sorge besteht darin, das in Frage zu stellen, was vielleicht eines der Herzstücke autonomer feministischer Politik seit den siebziger Jahren gewesen ist: Die Separation tendentiell gleicher Frauen. Die westfeministische Interaktion war großenteils beschränkt auf ein – vermutetes oder erhofftes – gemeinsames Verständnis und Interesse unter weißen Frauen möglichst gleicher Schicht, gleicher Bildung, gleichen Alters. Die selbstgeschaffenen Orte für Frauen, einst ein Politikum, sind mit der Suche nach Übereinstimmung, Bestätigung und Unterstützung immer wieder hinterrücks zu Orten der Abgrenzung und Ausgrenzung geworden, zu Orten der Sorge um sich selbst. Politisierung der Sorge heißt eine Umorientierung unserer Interessen und Zuwendungen, die gewollt oder ungewollt den Normen und Voreingenommenheiten einer auf sich selbst bezogenen und von sich selbst überzogenen Kultur verhaftet sind. Umorientierung würde bedeuten, in einen neuen Prozeß der Selbstkritik, der Erfah-

rungssuche, der Offenheit einzutreten. Wir haben die Unrechtserfahrungen und Unrechtsdefinitionen von Minderheiten im eigenen Land wenig zur Kenntnis genommen und lange übersehen, und diese Ausblendungen sind nicht einfach eine Nachlässigkeit. Vielmehr entsprechen sie einer strukturellen Arroganz, die dieser Kultur eigen ist und die uns festhält in deren Wertmaßstäben – trotz ihres alternativen oder oppositionellen Gewandes. Wenn wir die Begegnung mit denjenigen, die wir immer übersehen haben, suchen, dann dürfen wir Verletzungen und Kränkungen nicht scheuen und müssen die mögliche Zurückweisung aushalten. Das alles kann heißen, daß unser gewohntes feministisches Weltbild zutiefst irritiert wird. Das Haderen mit unserer Zugehörigkeit zur herrschenden Kultur darf uns nicht dazu verführen, diese Irritation zu leugnen oder unser Nicht-Sein, den Salto aus der eigenen Kultur vorzutauschen, um uns damit unangreifbar zu machen. Die Sorge, die wir meinen, ist keine paternalistische Haltung, kein Ausdruck des Helfersyndroms, sondern eine, die die Anderen in ihrer realen Existenz wahrzunehmen versucht, statt sie nach dem eigenen Bild umzumodeln und im Zerrspiegel des eurozentrischen Blicks wiederum zu erniedrigen. Die Sorge, die wir wollen, ist Ausdruck des Bewußtseins, daß wir uns gegenseitig brauchen. Das klingt bescheiden und verzichtet auf die großen Worte. Wir wollen nicht alte uneingelöste Postulate mit neuen nicht einzulösenden Postulaten vermehren. Forderungen sind genug gestellt. Sie bleiben bodenlos und folgenlos wenn wir sie nicht verbinden mit dem, was wir können und dem, was wir können könnten, mit Fähigkeiten, die wir schon

gelernt haben und mitbringen und denen, die wir verlernen und neu erwerben können. Verbalradikalismen, die Anmaßung, über eine feministische Heilslehre zu verfügen und die Eindeutigkeit von Richtig und Falsch verkünden zu können, werden zu nichts anderem als zum Damoklesschwert, das über uns hängt. So wird die Kluft zwischen Anspruch und realer Verhaltensmöglichkeit immer unüberbrückbarer. Jeder moralische Anspruch muß die Möglichkeit in sich tragen, von realen Menschen in ihrem Leben verwirklicht zu werden. Das bedeutet nicht, Prinzipien dem Machbaren zu opfern. Aber Unzulänglichkeit von Frauen überspringen zu wollen, heißt Frauen zu verlassen. ♀

Tina Frenzel

K KSZE – FRAUENTREFFEN

Vom 7. bis 8.3.1992 fand in Brüssel die weite Frauenkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. An dieser Konferenz nahmen 200 Frauen aus 32 Ländern teil. Erfreulich, daß auch Frauen aus den erst in jüngster Vergangenheit unabhängig gewordenen drei baltischen Staaten sowie aus Kroatien an dieser Konferenz teilnahmen. Ziel dieser Konferenz war es, Vorschläge für Aktivitäten und Maßnahmen auszuarbeiten, die sicherstellen, daß zunehmend mehr Frauen in die männerdominierten Institutionen und Strukturen der KSZE integriert werden. Diese Vor-

schläge wurden dem 4. KSZE-Nachfolge-

treffen in Helsinki übergeben.

Folgende Punkte wurden formuliert, die stichpunktartig gekürzt sind:

1.– Verpflichtung der am 24. März in Helsinki begonnenen vierten Nachfolgekonferenz eine Sondersitzung über Themen und Rechte der Frauen einzuberufen und Lösungen für ihre Beteiligung auf allen Ebenen der KSZE sicherzustellen.

– Die TeilnehmerInnendelegation der Sondersitzung muß sich aus Frauen der Regierung, der Parlamente und aus nichtstaatlichen Frauenorganisationen zusammensetzen.

– Ziel der Konferenz wäre die Sicherung des vollen Mitspracherechtes der Frauen in allen Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit.

– Zeitpunkt möglichst im Vorfeld der Frauenkonferenz der Vereinten Nationen im Jahre 1995.

2.– Delegationen zu beabsichtigten und geplanten KSZE-Tagungen und Konferenzen nur mit weiblicher Beteiligung zuzulassen.

– Zwischenziel bis 1995 ist ein 25%iger Anteil und bis zum Jahr 2000 die Parität der Geschlechter.

3.– Mittelbereitstellung der gastgebenden Regierungen aller KSZE Tagungen für Netzverbindungen und Informationsaustausch für Frauenorganisationen.

4.– KSZE-Sekretariat soll Mittel und Möglichkeiten für den Aufbau und die Organisation einer Datenbank für Expertisen und Informationen über Rechte der Frauen sowie frauenrelevantes Mitwirken in Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit ermöglichen.

5.– Jährliches Treffen der Ministerinnen für Frauenfragen, von KSZE einberufen,



die Mindestnormen für eine Gleichberechtigung und die Rechte der Frauen in allen Mitgliedsländern festlegt, sowie Strukturen und Möglichkeiten ihre Gleichberechtigung fördert.

6. – Alle Beobachtermissionen der KSZE soll weibliche Teilnehmerinnen einschließen

– Expertinnen, Politiker und Diplomaten zu Frauenfragen beraten gemeinsam in Bereichen der Geschichte, Kultur und Wissenschaft.

7. – Die KSZE entwickelt zur Überwachung der Rechte und Lebensbedingungen der Frauen, der Menschenrechte gemeinsame Kriterien, diese werden gesetzlich geregelt und institutionalisiert.

8. – Stärkung des KSZE-Zentrums zur Vermeidung von Konflikten durch mehr Kompetenz und Machtbefugnisse

– Die Expertengremien in Sachen Konfliktlösung sollen geschlechtlich paritätisch sein.

Wenn sich Frau nun die Frage stellt, was

diese 2. KSZE der Frauen in Brüssel außer den dargelegten Vorschlägen gebracht hat, sind eine Reihe kritischer Anmerkungen nicht zu umgehen.

Im Vergleich zur ersten Frauen KSZE in Berlin im November 1990 war die Konferenz von Brüssel wesentlich „gesetzter“, der diplomatische Ton dominierte, Spontanes und Provokantes waren die Ausnahme. Das Podium bildeten Politikerinnen und Parlamentarierinnen, das Frauenestablishment befand sich auf dem Vormarsch.

Die Konferenz litt unter dem Zeitdruck die 4. KSZE-Nachfolgekonferenz vorzubereiten. Die Information über die Veranstaltung selbst gelangte offensichtlich in vielen Ländern nicht bis an die Basis. Viele Teilnehmerinnen der 1. Berliner Konferenz wurden nicht informiert.

Die Ergebnisse der 1. KSZE wurden erst am Konferenztag verteilt, so daß sich während der Erarbeitung des Resolu-

tionspapieres Dissonanzen ergaben, die vermeidbar gewesen wären.

Brüssel hat für mich gezeigt, daß effektive und zielgerichtete Arbeit solider Vorbereitung und Organisation bedarf.

Wenn verlangt wird, daß außer Politikerinnen und Parlamentarierinnen Frauen aus staatlichen Organisationen in den Prozeß mit einbezogen werden, muß deren Integration sichergestellt sein.

Daraus leitet sich ab, daß ein KSZE-Büro der Frauen in Deutschland einzurichten ist, welches die Aufgaben der Organisation und Koordination übernimmt. Um regionale frauenpolitische Probleme mit einbinden zu können, sollte sich diese Büro auf einzelne Koordinatorinnen in den einzelnen Bundesländern stützen können. So wäre die Chance, basisnah und flexibel zu arbeiten gegeben und könnte damit den eventuell kleinen etablierten Kreis von Frauen erweitern, die zahlreichen und vielfältigen Probleme von Frauen wahrzunehmen. ♀

*Dokumentarfilm von
Christina Karstädt und
Annette von Zietzewitz,
Musik von Maike Nowak*

WIEL ZU VERSCHWIEGEN

Lesbische Frauen verschiedener Generationen erinnern sich und beschreiben ihre unterschiedlichen Lebensformen in vierzig Jahren DDR.

Erfahrene Erpressung und Unterdrückung in einer moralisch und ideologisch rigiden Gesellschaft ließen eine politisch-emanzipatorische Bewegung von Lesben und Schwulen in der DDR wachsen. Einige Aktivistinnen dieser Bewegung beschreiben erste Versuche, in die Öffentlichkeit zu gehen, illegale Treffen zu organisieren und die Isolation zu überwinden.

In den 80er Jahren fügte sich dieses emanzipatorische Bestreben lesbischer Frauen in die wachsende politische Opposition unter dem Dach der evangelischen Kirche der DDR.

In den Erinnerungen der Frauen wird ein Spektrum von biografischen und gesellschaftlichen Konflikten erlebbar –



von dem Problem lesbischer Mütter über das Leben in der Provinz bis hin zum aktuellen Staatsicherheitsthema. In einer dichten Montage von Monologen, Fotografien und Bildern historischer Orte entsteht ein geschichtlicher Bogen von den 40iger Jahren bis in die Gegenwart – die immer noch und wieder verschwiegene Geschichte von Lesben in der DDR.

Premiere: 16.5.1992, 17 Uhr im Filmkunsthaus e.V. Babylon, O-Berlin
Eine Ressel-Wree-VideoProduktion 1992

*Herausgegeben von
Kirsten Thietz*

**LEBENS- UND
RECHTS-
FRAGEN DER SELBSTVERSTÄND-
LICHKEIT? DIE ABSCHAFFUNG
DES § 218 IN DER DDR**

Sämtliches Material zur Problematik des Schwangerschaftsabbruches galt in der DDR als geheime Verschlusssache. Die Frauen selbst wurden aus den gesetzgeberischen Entscheidungen herausgehalten – die „Fristenlösung“ von 1972 überreichte ihnen die Staats- und Parteiführung gleichsam als Frauentags-geschenk.

Die hier versammelten Dokumente aus den Jahren 1946 bis 1972 belegen das Zusammenspiel von ideologischen und bevölkerungspolitischen Erwägungen, ökonomischen Zwängen, patriarchal geprägter Moralauffassung und echter Einsicht in die veränderte Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft.

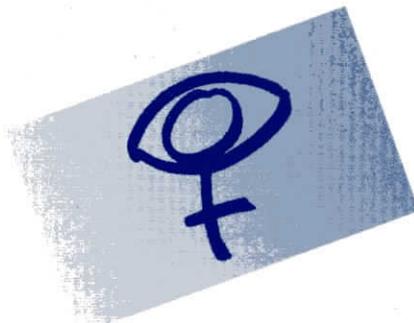
„Insofern lehrt die Geschichte des Abtrei-

bungsrechts in der DDR nicht nur eine Menge über die Geschichte der DDR, sondern allgemein über den Umgang staatlicher Männermacht mit der Fähigkeit der Frauen zu gebären, denn Streitpunkt, Argumente und Ängste scheinen mir dieselben wie heute, entkleidet man sie ihrer jeweiligen ideologischen Verbrämung.“
(aus dem Vorwort)

Vorwort „Zwischen Bevölkerungspolitik, Lebensschutz und Selbstbestimmungsrecht – Das Dilemma der Abtreibungsdebatte“ von Kirsten Thietz
Mit Texten von Andrea Fritzsche „Die Entwicklung des Abtreibungsrechts in der DDR“ und Bettina Michalski „Der § 218 in der alten Bundesrepublik – Eine halbherzige Reform und ihre Abwicklung“

**224 Seiten
ISBN 3-86163-013-3
16,80 DM**

Mitteilung: Dieses Buch kann auch über die Redaktion „Weibblick“, UFV, Friedrichstr.165, O - 1080 Berlin, bezogen werden.



Eva Maleck-Lewy

UNTERM NEUEN KLEID DER FREIHEIT DAS KORSETT DER EINHEIT

*Auswirkungen der deutschen Vereinigung für Frauen in Ost und West
Berlin: 1992. Edition sigma. Rainer Bohn
Verlag Berlin.*

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis des gemeinsamen Versuchs von Wissenschaftlerinnen aus der Hochschule für Ökonomie (eine inzwischen abgewickelte wissenschaftliche Einrichtung der DDR) und der Freien Universität Berlin (FU), nach der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 miteinander Kontakt aufzunehmen, ins Gespräch zu kommen und über die Diskussion eigener Forschungsergebnisse sich als Ost- und Westfrauen besser kennenzulernen. So fand im Sommersemester 1990 eine gemeinsam organisierte Ringvorlesung statt, an der ca. 30 Frauen teilnahmen. Während von Westseite ausschließlich Frauen der freien Universität an dem Austausch teilhatten, kamen von Ostseite bald Frauen auch aus anderen wissenschaftlichen Einrichtungen hinzu. In ihrem Vorwort berichten die Herausgeberinnen (beide kommen von der FU) von den Schwierigkeiten und Problemen der ersten Diskussionen. Nichts desto Trotz war das Gesamtprojekt des Vorhabens der Frauen erfolgreich. Neue Projekte und Formen der Zusammenarbeit haben sich aus dem ersten Projekt Ringvorlesung ergeben und bestehen zum



Teil bis heute fort. Im Buch selbst sind die Mehrzahl der gehaltenen Vorlesungen als Sammelband veröffentlicht. Es war damals bewußtes Anliegen der Organisatorinnen, das Themenspektrum der Vorlesung breit zu fassen. Auf diese Weise konnten Frauen aus unterschiedlichen Disziplinen Ergebnisse ihrer Forschung unter dem besonderen Gesichtspunkt der Situation von Frauen im deutschen Einigungsprozeß vortragen. Obwohl der Untertitel des Sammelbandes dementsprechend „Auswirkungen der deutschen Vereinigung für Frauen in Ost und West“ heißt, liegt das Interesse der meisten Autorinnen auf einer Analyse der Situation der Frauen in der DDR und in dem Versuch, die Lage der Frauen in Ostdeutschland genauer zu begreifen; zu umschreiben, was Sozialismus und Patriarchat für die Frauen im Osten Deutschlands bedeuteten und welche schwerwiegenden Veränderungen mit dem deutschen Vereinigungsprozeß vor allem auf sie zukommen. Insofern ist das vorliegende Buch auch ein Dokument der Frauenbewegung aus der Zeit des Übergangs zur deutschen Einheit, sind hier wichtige Fragestellungen festgehalten, die über den engen Kreis der Referentinnen und Teilnehmerinnen hinaus in verschiedenen Frauen- Zusammenhängen in der damaligen DDR diskutiert wurden und als Fragestellungen auch heute noch von vehementem Interesse sind.

Teil bis heute fort. Im Buch selbst sind die Mehrzahl der gehaltenen Vorlesungen als Sammelband veröf-

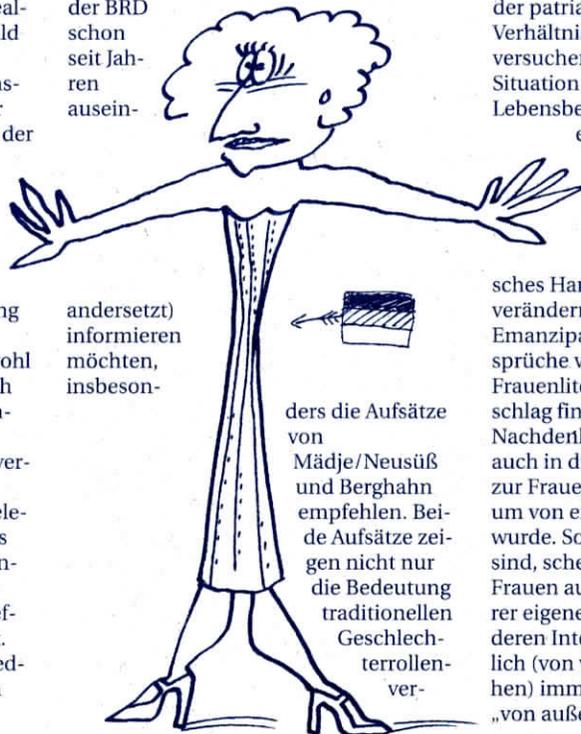
Das Buch ist auch insofern interessant, als von Ostdeutscher Seite hier vier Autorinnen (Christina Klenner, Karin Hildebrandt, Petra Drauschke und Hannelore Scholz) vertreten sind, die im Prozeß der Wende eine aktive Rolle in der Frauenbewegung spielten und somit den Zusammenhang von Frauenforschung und Frauenbewegung in der DDR selbst verkörpern und deren Beiträge etwas über den Stand der Diskussion in der Frauenbewegung Ostdeutschlands zum damaligen Zeitpunkt aussagen.

Die Beiträge der westberliner Autorinnen Christel Faber, Eva Mädje, Claudia Neusüß, Sabine Berghahn, Erdmute Horn und Birgit Sauer gehen auf ihre Vorlesungen zurück, die von Karin Zimmermann und Brigitte Runge wurde zusätzlich in den Band aufgenommen. Die Autorinnen sind z.T. schon gestandene Frauenforscherinnen z.T. jüngere Wissenschaftlerinnen, gemeinsam ist ihnen das Anliegen, feministische Frauenforschung zu betreiben.

In dem Buch werden eine Vielzahl von Problemfeldern diskutiert: Frauenerwerbsarbeit und die frauenbenachteiligten Strukturen des westdeutschen Arbeitsmarktes (Faber); Arbeit und Leistung von Frauen in der DDR, einschließlich einer feministischen Kritik am Leistungsbegriff der ostdeutschen Gesellschaft (Klenner); Abwicklung und Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft in der DDR und die Verdrängung von Frauen aus der Wissenschaft (Hildebrandt); Familienpolitik der DDR (Drauschke); Strukturdefizite des bundesrepublikanischen Systems sozialer Sicherung und neue sozial- und arbeitsmarktpolitische Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft (Mädje/Neusüß); der Prozeß der Rechts-

angleich im Einigungsprozeß als „Überstülpung“ des bundesrepublikanischen Rechts auf Ostverhältnisse und der Abbau der frauenfreundlicheren DDR-Rechte insbesondere im Sozial- und Arbeitsrecht (Berghahn); Unterschiede im politischen System und ihre Folgen für das unterschiedliche Verständnis und die Ausgestaltung der staatlichen Gleichstellungspolitik in der BRD und der DDR (Horn); die Eliminierung des Geschlechterwiderspruchs und der Geschlechterdifferenz aus der Kulturtheorie in der DDR und die Folgen für den „Ausschluß der Frauen aus der realsozialistischen Kultur“ (Sauer); das Bild der Frau in der DDR-Frauenliteratur und die verschiedenen Emanzipationsansprüche und Modelle schreibender Frauen in den verschiedenen Phasen der Entwicklung der DDR (Scholz); Geschichte und Politikverständnis der DDR-Frauenbewegung (Zimmermann); und als letzter Beitrag ein Aufsatz über Frauen-Selbsthilfe und Frauen-Projekte in der Geschichte der Frauenbewegung der alten Bundesrepublik (Runge). Es ist ein Vorzug des Buches, daß sowohl die Darstellung der Probleme, als auch die Sprache der Autorinnen im Gegensatz zu manchen anderen feministischen Veröffentlichungen allgemeinverständlich bleiben und so auch von Nichttheoretikerinnen mit Gewinn gelesen werden können. Ein ausführliches und an manchen Stellen weiterführendes Literaturverzeichnis am Ende der meisten Beiträge erleichtert ein vertieftes Einlesen in die jeweilige Thematik. Auf Grund der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Beiträge ist es im Rahmen dieser kurzen Vorstellung des Bandes

sicher unangebracht und auch unmöglich, auf jeden der einzelnen Beiträge einzugehen. Wenn ich zu wenigen von ihnen noch einige Bemerkungen anfüge, so stellt die Auswahl derselben keine Wertung dar, sondern trägt schlicht Empfehlungscharakter zur Orientierung möglicher Leserinnen. In diesem Sinne möchte ich Frauen, die sich über das Rechts- und Sozialsystem der BRD, (seine Stärken und Schwächen, seine strukturellen und konzeptionellen Unzulänglichkeiten, mit denen sich die feministische Kritik der BRD schon seit Jahren ausein-



andersetzt) informieren möchten, insbeson-

ders die Aufsätze von Mädje/Neusüss und Berghahn empfehlen. Beide Aufsätze zeigen nicht nur die Bedeutung traditionellen Geschlechterrollen-

ständnisses für die Ausgestaltung von Rechtsverhältnissen und die Sozialpolitik, sondern auch, wie bedeutsam das Festhalten an der „bürgerlichen Kleinfamilie“, sprich der Hausfrauenehe für die Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips der Bundesrepublik sind.

Besonders interessant ist die Auseinandersetzung in verschiedenen Beiträgen zur Einschätzung der Rolle der Frauenpolitik und die Lage der Frauen in der DDR. Während ausgehend von unterschiedlichen Fragestellungen einige der Autorinnen eine recht generelle Kritik der patriarchalischen und damit aller Verhältnisse in der DDR vornehmen, versuchen andere differenzierter die Situation der Frauen und ihre konkreten Lebensbedingungen und Ansprüche zu erfassen. Besonders informativ

ist in dieser Beziehung der Beitrag von H. Scholz. Sie zeigt, wie sich mit der Entwicklung der DDR die Bedingungen für emanzipatori-

sches Handeln von Frauen historisch verändern und auf dieser Grundlage die Emanzipationsvorstellungen und Ansprüche von Schriftstellerinnen in der Frauenliteratur der DDR ihren Niederschlag finden.

Nachdenklich stimmt die Tatsache, daß auch in diesem Sammelband der Beitrag zur Frauenbewegung der DDR wiederum von einer Westkollegin geschrieben wurde. So anregend einige ihrer Thesen sind, scheint es mir an der Zeit, daß die Frauen aus der ehemaligen DDR sich ihrer eigenen Geschichte annehmen und deren Interpretation nicht ausschließlich (von wenigen Ausnahmen abgesehen) immer wieder Beobachterinnen „von außen“ überlassen.

INFORMATIONEN

UNABHÄNGIGER FRAUENVERBAND E.V.
24.8.92-30.8.92 steht UFV-Frauen das Frauenbildungs- und Ferienobjekt Hundorf bei Schwerin wieder zur Verfügung. Vom 24.8.-26.8.93 können Frauen dort Urlaub machen und ab 27.8.92 wollen wir uns treffen, um UFV-Probleme zu wälzen, d.h., wir wollen arbeiten. Frauen, die dazu konkrete Vorschläge haben, könnten uns diese schon wissen lassen.
Es bestehen Übernachtungsmöglichkeiten im Reethaus (2-3-Bettzimmer für 30,-DM pro Zimmer und Nacht), sowie Bungalows mit 4 Schlafplätzen für 50,-DM pro Nacht.
Außerdem kann auf dem Gelände gezeltet werden.
Frühstück und Abendbrot kosten 5,-DM für die Frauen, für die Kinder 3,50DM. Leihbettwäsche kostet 6.50DM.
Wochentags wird Kinderbetreuung von 9 Uhr - 15 Uhr angeboten. Der UFV übernimmt die Übernachtungskosten ab 27.8.92 für Frauen, die sich an den Arbeitsgruppen beteiligen wollen. Die Verpflegung muß selber getragen werden.
Anmeldung: bis spätestens 30.6.1992 im Bundesbüro!
Kontakt: Sabine Tausch, O - 1080 Berlin, Friedrichstr. 165, UFV, Tel.: 229 26 40, 229 16 85

AUTORENVERBAND E.V.
Karl-Liebknecht Str. 8-12
O - 7010 Leipzig

WIE GEHT ES EUCH? JETZT?
LEBEN IN DEUTSCHLAND

Unser Leben verändert sich mit atemberaubender Schnelligkeit. ES reißt uns mit sich, uns manchmal halten wir verwirrt inne und fragen uns: Sind wir noch

die, die wir waren? Wie haben sich die zweifellos ungeheuren äußeren Veränderungen der letzten beiden Jahre in Deutschland auf unser Inneres ausgewirkt? Was taugt noch, was ist bewahrenswert, wenn alte Verhaltensmuster radikal verändert werden müssen? Zumindest meinen dies ernstzunehmende Leute. Aber vielleicht sind Sie ganz anderer Meinung?!

Geht es uns besser, schlechter, oder ist diese Frage so einfach nicht zu beantworten? *

Wir glauben, es ist an der Zeit, sich diesen Fragen zu stellen, Probleme öffentlich zu machen. Warum sollte man nicht Erfahrungen dokumentieren, schreibend den Dingen näher kommen – oder Abstand gewinnen?

Der Autorenverband, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, schreibende Laien zu beraten und zur Wortmeldung zu ermuntern, möchte mit seinem neuen Projekt „Wie geht es Euch? Jetzt? Leben in Deutschland?“ dafür eine Möglichkeit schaffen. Überwinden Sie die verständliche Scheu vor der öffentlichen Äußerung, nutzen Sie die Chance, auf Ihre Situation aufmerksam zu machen, Erfahrungen weiterzugeben, Widerspruch zu wecken, laut, leise, aggressiv... Besonders interessant ist, wie Menschen, die sich – aus welchem Grund auch immer – an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen, ihre Lage sehen. Wir bieten Ihnen Hilfe bei der literarischen Umsetzung Ihrer Ideen und möchten möglichst viele unterschiedliche Stimmen in einer Publikation zu Wort kommen lassen.

Darüber hinaus wenden wir uns an Verbände, die die Interessen von gegenwärtig besonders stark belasteten sozialen Gruppen vertreten. Wir bitten Sie,

machen Sie Ihre Mitglieder mit unserem Angebot vertraut, und geben Sie Ihnen dadurch die Chance, mehr über sich selbst zu erfahren.

Wir sind für jede Art von Wortmeldung offen. Wer bereits Texte in der Schublade hat, oder wer erst jetzt auf den Gedanken kommt; daß ein Versuch lohnen würde, wende sich bitte bis spätestens Ende Oktober 1992 an uns.

Kontakt: Katrina Moschner, Holbeinstr. 5, O - 7031 Leipzig, Tel.: 47 21 30

BERLIN

FRAUZENTRUM „PAULA PANKE“
Seminar zu „Frauen und Macht“ in Petzow bei Potsdam
29.5.92-31.5.92, Ost- und Westfrauen sprechen zu verschiedenen Aspekten wie „Macht-Ohnmacht – parlamentarische Arbeit – Projekte, Initiativen“
Kontakt: FZ „Paula Panke“, O - 1100 Berlin, Schulstr.6, Tel.: 4 82 47 01

FZ „FLOTTE LOTTE“
15.5.92 Interkultureller Musikabend
Fontane-Haus, Wilhelmsruher Damm 142c, Wittenau

FRAM (FRAUEN UND ARBEITSMARKT)
9.5.92 Tagung „Dequalifizierung von OST-Frauen – Realität oder Hirngespinnst?“
Humboldt-Universität Berlin, Unter den Linden 6, O-1086 Berlin

HEARING DES VERFASSUNGSKURATORIUMS
„FRAUENRECHTE IN DIE VERFASSUNG“
Das Verfassungskuratorium hat einen eigenen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der eine Reihe konkreter Vorschläge enthält. Anliegen diese Hearings soll

sein, über diese Vorschläge und die unterschiedlichsten Standpunkte zur Verankerung von Frauenrechten in der Verfassung zu diskutieren.

15.5.1992,
Kurt-Schumacher Str.19, W - 5300 Bonn
Kontakt: Ines Koenen, Friedrichstr. 165,
O - 1080 Berlin, Tel.: 22 92 838

PROJEKT „EIGEN ART OST FRAU“

Ausstellungen: Galerie Grahl:
„Zwischenstück“ (- 24.5.92) 20.5.92,
19.00 Uhr, EIGENARTEN - Alltag und
Kunst von Ost- und West-Frauen (Dis-
kussion) Käthestraße 5, O - 1092 Berlin,
Tel.: 3 22 38 21

NEUES PROJEKT

Antirassistisches Telefon Ostberlin
Seit Mitte Februar kann das Telefon im
„BAOBAB“-Infoladen bei rassistischen
Überfällen, Diskriminierungen ange-
klingelt werden. Sie sind zwar kein sofor-
tiges „Feuerwehrkommando“, sondern
sammeln Informationen, recherchieren
und leisten damit gezielte Öffentlich-
keitsarbeit – um Fakten in die „Auslän-
derInnendebatte“ einzubringen.
Wenn Ihr von rassistischen Übergriffen
oder Diskriminierungen betroffen seid
oder von solchen erfahrt, dann ruft an! –
wir überlegen dann gemeinsam mit
Euch, was im konkreten Fall gemacht
werden kann.

Kontakt: Antirassistisches Telefon Ost-
berlin 42 694 51, Winsstr. 53, O - 1055
Berlin, Die. bis Do.: 12 Uhr bis 22 Uhr,
Spenden:Ko.: 411 152 0297,
BLZ.: 100 500 00, Berliner Sparkasse

NEUE TELEFONNUMMER

FRAUENKRISENTELEFON 65 42 43
Mo, Do: 10-12; Sa, So: 17-19; Di, Mi, Fr:
17-21

NATIONAL TERRE DES FEMMES- RUNDBRIEF 1/92

aus dem Inhalt: Frauen in Ghanal/Weib-
liche Genitale Verstümmelung; Sind
Menschenrechte auch Frauenrechte,
Kinderpornographie, Frauenumwelt-
konferenz

Die Zeitschrift wendet sich an alle, die
sich beruflich oder privat für die Men-
schenrechte der Frau einsetzen.

ABO: 25DM/Jahr

Kontakt: Terre des Femmes, Pf.: 2531,
7400 Tübingen, Tel.: 2 42 89

BLIP - BILDUNGSWERK LIPPE

Textbuch zum Theaterstück „Ein hals-
starrig Weib“ vollendet, nach den For-
schungen über die in Lemgo als Hexe
angeklagte Maria Rampendahl.

Info/Bestellung: Bildungswerk Lippe,
Rosenstr. 10, 4920 Lemgo,
Tel.: 1 24 41

6.FEMINALE

Internationales FrauenFilmFestival Köln
27.-31.5.1992 im Forum der Volshoch-
schule und im Broadway-Kino
Kontakt: Feminale e.V., Luxemburger Str.
72, W-5000 Köln 1, Tel.: 41 60 66/ 42 45
18

ANZEIGE

Das Frauenzentrum „Marie“ e.V., Märki-
sche Allee 384, 1143 Berlin, hat zum
1.7.1992 eine Stelle für wissenschaftlich-
praktische Arbeit/Information/Doku-
mentation zu besetzen.

Daer Tätigkeitsbereich umfaßt:

- Konzeptentwicklung für wissenschaftlich-praktische Vorhaben
- Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation erwerbsloser Frauen
- Sammlung und Auswertung von Forschungsergebnissen in den Bereichen

Arbeitsmarkt und Bildungsarbeit

- Entwicklung von Veranstaltungskonzepten auf der Grundlage der Auswertung von Forschungsergebnissen und deren Umsetzung in Workshops
- Entwicklung von Arbeitskontakten zu wiss. Forschungseinrichtungen und Bildungsträgern
- Aufbau eines Datenspeichers und Katalogisierung einschlägiger Materialien für Beratungstätigkeit
- notwendige Qualifikation: HS-Abschluß, Kenntnisse der Frauenbildungsarbeit, Projekterfahrung
- Dotierung: BAT IIa-0, Vollzeit-Bewerbungen bitte an die obengenannte Adresse richten.

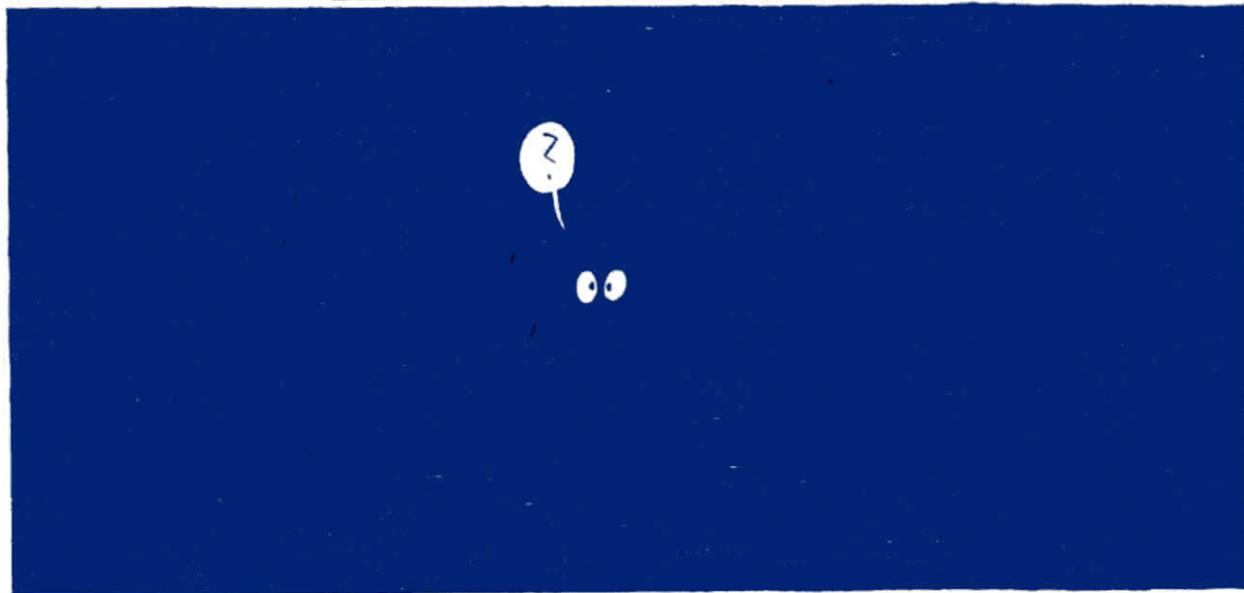
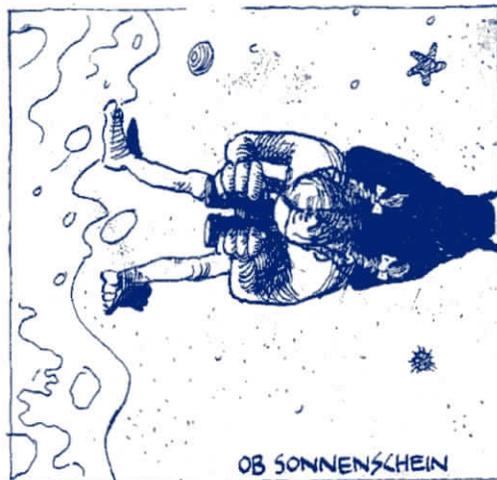


CARTOON

SHLACHT
SPRVKH

ÜBER DIE
GRENZEN DER
ERKENNTNIS *

* NACH MOTIVEN VON E. KÄSTNER



IM TUNNEL BLEIBT ES IMMER DUNKEL



VERFASSUNGSDEBATTE – DAS KURATORIUM INFORMIERT: Verfassung geht uns alle an!

Bürgerinnen und Bürger sind derzeit aufgerufen, sich an der Verfassungsdebatte zu beteiligen. Diese darf nicht wie bisher nur in Bonn unter Mitgliedern der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat stattfinden, sondern unter der breiten Beteiligung der Öffentlichkeit. Das Kuratorium hat die Debatte um eine neue gesamtdeutsche Verfassung initiiert. Wir haben einen eigenen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der eine Reihe konkreter Vorschläge enthält. Wir führen derzeit in Bonn in Zusammenhang mit den Beratungen der Verfassungskommission verschiedene thematische Hearings durch. Am 15. Mai findet eine Veranstaltung zum Thema „Frauenrechte in der Verfassung“ statt.

Wir rufen Sie auf, Veranstaltungen zu organisieren, helfen bei der Vermittlung von Referentinnen und Referenten und stellen Material zur Verfügung. Wenden Sie sich mit konkreten Forderungen an die Verfassungskommission! Das Verfassungskuratorium versucht, Sie dabei zu unterstützen. Wir kämpfen darum, daß auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid das Volk auch über Alternativen entscheiden kann.

Rücksendecoupon:

Bitte senden Sie mir:

- "Vom Grundgesetz zur Deutschen Verfassung"
(Verfassungsentwurf und Denkschrift : 8,- DM incl. Porto)
- Informationsbroschüre "Verfassung geht uns alle an"
(1 Stck. 1,- DM, 10 Stck. 5,- DM, je 10 weitere 4,- DM incl. Porto)

Scheck, Bargeld oder Briefmarken füge ich zur Bezahlung bei.

Name _____

Adresse _____

Spenden für unsere Arbeit erbitten wir dringend auf das Konto:

**Heinrich-Böll-Stiftung/Kuratorium,
Kt. 630 017 360, BLZ 100 500 00, Berliner
Sparkasse. Spenden sind steuerabzugsfähig.**

**Kuratorium für einen demokratisch verfaßten
Bund deutscher Länder,
Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin
Tel. Ost-Berlin/ 22 92 838**